

November 2010 – Nr. 3 – 13. Jahrgang
Novembre 2010 – No. 3 – 13^{ème} année
Novembre 2010 – No. 3 – 13^o anno



PARLAMENT PARLEMENT PARLAMENTO

Mitteilungsblatt der Schweizerischen
Gesellschaft für Parlamentsfragen

Bulletin d'information de la Société suisse
pour les questions parlementaires

Bollettino d'informazione della Società
svizzera per le questioni parlamentari



SCHWERPUNKT – LE THÈME – IL TEMA

Metropolitanregionen – eine neue parlamentarische Herausforderung
Régions métropolitaines: un nouveau défi pour les parlements

MITTEILUNG

Kanton Uri



Editorial: Metropolitanräume als neue Herausforderung für Parlamente?	Seite 3
Schwerpunkt – Le thème – Il tema Metropolitanregionen – eine neue parlamentarische Herausforderung Régions métropolitaines: un nouveau défi pour les parlements	
Markus Notter: Der Metropolitanraum Zürich	Seite 4
Daniel Kübler: Drei Thesen zur Entwicklung von Metropolitanregionen	Seite 6
Urs Hofmann: Der Kanton Aargau zwischen den grossen Agglomerationen	Seite 8
Guy Mettan: L'agglomération franco-valdo-genevoise	Seite 10
Remigio Ratti: La situation au sud des Alpes	Seite 12
Heinrich Ueberwasser: Erfahrungen aus dem trinationalen Eurodistrikt Basel	Seite 14
Metropolitanregionen – eine neue parlamentarische Herausforderung Régions métropolitaines: un nouveau défi pour les parlements: Diskussionsbeiträge/Contributions de discussion	Seite 16
Ivo Müller: Das Land am Rand des Metropolitanraumes. Überlegungen zum Konzept des Metropolitanraumes Zürich und zur Tagung der SGP über «Metropolitanregionen»	Seite 21
Les agglomérations concernent les parlements cantonaux: Communiqué de presse du Forum Interparlementaire Romand	Seite 23
Die Agglomerationen betreffen die Kantonsparlamente: Pressemitteilung des Interparlamentarischen Forums der Westschweiz FIR	Seite 25
Mitteilung Uri: Der Urner Landrat macht einen weiteren Schritt Richtung «Trennmodell»	Seite 27
Korrespondenten – Correspondents – Corrispondenti Vorstand SGP	Seite 28

Für weitere Informationen (frühere Ausgaben dieses Heftes. Links auf kantonale und kommunale Parlamente):
<http://www.sgp-ssp.net>
Pour de plus amples informations (éditions antérieures du bulletin, liens aux sites des parlements cantonaux et communaux):
<http://www.sgp-ssp.net>



Metropolitanräume als neue Herausforderung für Parlamente?

Auch dieses Jahr konnten die Mitglieder der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen am Vorabend ihrer Jahresversammlung an einem äusserst interessanten Rahmenprogramm teilnehmen. Der Besuch der Ausstellung «Stadt vor Augen – Landschaft im Kopf» im Naturama in Aarau führte den Teilnehmern und Teilnehmerinnen eindrücklich die Siedlungsentwicklung in der Schweiz vor Augen. Wer heute mit dem Zug von Olten nach Zürich fährt, passiert mehrere Kantone und Gemeinden, hat jedoch bisweilen den Eindruck, sich immer im selben städtischen Ballungsraum zu befinden. Es erstaunt deshalb nicht, dass sich in einem solchen Raum konkrete Probleme stellen, die sinnvollerweise Kantons- und Gemeindeübergreifend angegangen werden. Wie erfolgt diese überregionale Zusammenarbeit und wie gehen die traditionellen politischen Institutionen, insbesondere auch die Parlamente damit um? Damit beschäftigten sich die Mitglieder der Gesellschaft dann an ihrer Versammlung. Sie bekamen verschiedene Formen überregionaler Zusammenarbeit präsentiert. Als Verein konzipiert hat sich beispielsweise der Metropolitanraum Zürich, welchem acht Kantone und über zweihundert Gemeinden angehören. Referenten aus Basel, Genf und dem Tessin zeigten auf, dass die überregionale Zusammenarbeit auch nicht vor den Landesgrenzen Halt macht. Die Siedlungen greifen auch an den Landesgrenzen ineinander, die Pendlerströme bewegen sich teilweise grenzüberschreitend. Somit ergeben sich Probleme, die landesübergreifend zu lösen sind. Wird nun die traditionelle Gliederung der Schweiz in Kantone und Gemeinden abgelöst durch die Gliederung in sogenannte «Metropolitanräume»? Wohl kaum. Die Veranstaltung hat gezeigt, dass die Strukturen dieser überregionalen Zusammenarbeit zum

grössten Teil noch wenig gefestigt sind. Kommt hinzu, dass sich in der kleinräumigen Schweiz kaum klar abgrenzbare Regionen ausscheiden lassen. Dies zeigt eindrücklich das Beispiel des Kantons Aargau, der in den Metropolitanräumen Zürich und Basel mitarbeitet. Nicht zu vergessen sind auch kleinere, ländliche Regionen, die nicht vom städtischen Agglomerationsraum abgeschnitten werden möchten, wie der Beitrag aus dem Kanton Appenzell Ausserrhoden in diesem Heft zeigt.

Auch wenn Kantone und Gemeinden als politische Gebilde Bestand haben werden, existiert die überregionale Zusammenarbeit und sie wird wohl eher noch an Bedeutung gewinnen. Dabei handelt es sich in erster Linie um eine intergouvernementale Zusammenarbeit, bei der neben den Exekutivmitgliedern von Kantonen und Gemeinden primär auch Verwaltungsangehörige zusammen nach Lösungen für überregionale Probleme suchen. Will man solchen Lösungen in den Kantonen und Gemeinden dann auch tatsächlich zum Durchbruch verhelfen, muss in Zukunft jedoch noch vermehrt darauf geachtet werden, dass mit dieser Zusammenarbeit nicht die traditionellen kantonalen und kommunalen Zuständigkeitsordnungen ausgehebelt werden. An der Tagung kam deutlich zum Ausdruck, dass auf parlamentarischer Seite durchaus ein gewisses Misstrauen besteht. Die Verstärkung der überregionalen Zusammenarbeit darf nicht zu einer «postparlamentarischen Demokratie» führen – ein Begriff, der die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an der Versammlung aufhorchen liess.

Allerdings ist die Problematik für die Parlamente nicht neu, stellt sich doch die Frage der Mitarbeit von Parlamenten im kooperativen Föderalismus mit der Zunahme von interkantonalen Konkordaten schon

seit einiger Zeit, wie dies die vorige Jahresversammlung gezeigt hat. Die meisten Parlamente sind denn auch nicht untätig und versuchen, sich in die überregionalen Prozesse einzubringen. Eindrücklich ist hier die institutionalisierte Zusammenarbeit der Westschweizer Parlamente im Rahmen des «Forum Interparlementaire Romand». In der letzten Nummer des Bulletins «Parlament» (Nr. 2/10) war von der von einer Kommission des Berner Grossen Rates entwickelten Idee einer «Interkantonalen Legislativkonferenz» zu lesen. Was hier insbesondere betreffend die interkantonale Zusammenarbeit entwickelt und angedacht worden ist, kann auch für die Zusammenarbeit von kantonalen und kommunalen Parlamenten auf überregionaler Ebene weiterentwickelt werden. Letztlich wird jedoch jedes einzelne Parlament entscheiden müssen, wie es sich frühzeitig in die Prozesse einbringen will, sei dies nun durch die Schaffung neuer Organe, die vermehrte interkantonale oder interkommunale Kooperation oder durch beides zusammen. Vor diesem Hintergrund sollten die Parlamente sich auch nicht zu sehr durch die Schaffung von überregionalen Strukturen zur intergouvernementalen Zusammenarbeit einschüchtern lassen. Wie ein Referent an der Tagung richtig bemerkte, könnte es für die Parlamente einfacher sein, sich in die Entscheidungsfindung einzubringen, wenn die Zusammenarbeit von Regierungen und Verwaltungen institutionalisiert und somit öffentlich ist, als wenn diese rein informell stattfindet.



Claude Janiak Ständerat,
Präsident der Schweizerischen
Gesellschaft für Parlamentsfragen

IMPRESSUM

Das Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen erscheint 3 mal jährlich und wird durch die Schweizerische Gesellschaft für Parlamentsfragen herausgegeben.
Sekretär der Gesellschaft: Moritz von Wyss, Leiter Parlamentsdienste Kantonsrat Zürich, Tel. 043 259 20 07
Sekretariat und Vertrieb: Sekretariat SPK, Parlamentsdienste, 3003 Bern, Tel. 031 322 99 44
Redaktion: Ruth Lüthi, Parlamentsdienste, 3003 Bern, Tel. 031 322 98 04
Produktion: Paul Buetiger AG, Solothurnstrasse 57, 4562 Biberist
Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 28. Februar 2011.
Die von den Autorinnen und Autoren vertretenen Meinungen müssen sich mit denjenigen der Redaktion nicht decken.
Die Verantwortung für die einzelnen Beiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren.
Mitteilungen können direkt an die Redaktion gesandt werden, vorzugsweise per E-Mail (ruth.luethi@pd.admin.ch).

Le bulletin d'information SSP paraît 3 fois l'an et est publié par la Société suisse pour les questions parlementaires.
Secrétaire de la Société: Moritz von Wyss, Leiter Parlamentsdienste Kantonsrat Zürich, Tél. 043 259 20 07
Secrétariat et distribution: Secrétariat CIP, Services du Parlement, 3003 Bern, Tél. 031 322 99 44
Rédaction: Ruth Lüthi, Services du Parlement, Tél. 031 322 98 04
Production: Paul Buetiger AG, Solothurnstrasse 57, 4562 Biberist
Délai rédactionnel du prochain numéro: 28 février 2011.
Les avis exprimés par les auteurs sont de leur seule responsabilité et ne reflètent pas nécessairement celles de la rédaction.
Les nouvelles peuvent être transmises directement à la rédaction, si possible par voie électronique (ruth.luethi@pd.admin.ch).

Il bollettino d'informazione SSP viene pubblicato 3 volte all'anno dalla Società svizzera per le questioni parlamentari (SSP).
Segretario della Società: Moritz von Wyss, Leiter Parlamentsdienste Kantonsrat Zürich, Tel. 043 259 20 07
Segretariato e distribuzione: Segretariato CIP, Servizi del Parlamento, 3003 Berna, Tel. 031 322 99 44
Redazione: Ruth Lüthi, Servizi del Parlamento, Tel. 031 322 98 04
Produzione: Paul Buetiger AG, Solothurnstrasse 57, 4562 Biberist
Termine redazionale della prossima edizione: 28 febbraio 2011.
Le opinioni espresse dagli autori non devono collimare con quelle della redazione. Gli autori sono responsabili delle loro opinioni.
Le informazioni possono essere trasmesse direttamente alla redazione, possibilmente per e-mail (ruth.luethi@pd.admin.ch).



Der Metropolitanraum Zürich

Markus Notter, Regierungsrat des Kantons Zürich, Präsident Metropolitanraum Zürich

Referat gehalten am 11. September 2010 an der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen

Ich freue mich, dass ich Ihnen den Metropolitanraum Zürich vorstellen darf. Sie sind ja die Gesellschaft für Parlamentsfragen. Das trifft sich gut, was unser Thema anbelangt, denn es stellen sich mehr Fragen, als schon Antworten vorhanden sind. Meistens sind aber die Fragen ohnehin das Interessanteste. Das zeigt sich auch im politischen Alltag: Die Fragen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind immer interessanter als die Antworten. Diese werden nämlich meistens nicht gelesen.

Ich werde im Wesentlichen drei Fragen stellen und versuchen, ein paar Antworten zu geben. Die erste Frage ist: Wieso gibt es überhaupt diesen Verein Metropolitanraum Zürich mit diesen Institutionen etc.? Die zweite Frage ist: Was macht eigentlich dieses Gebilde? Das ist die schwierigste Frage. Die dritte Frage ist: Wie funktioniert dieses Gebilde? Das ist die einfachste Frage, denn es gibt Statuten, auf die man verweisen und mit denen man erklären kann, wie dieser Mechanismus funktioniert.

Wieso gibt es den Verein Metropolitanraum Zürich?

Der Metropolitanraum Zürich ist eine vielfältige Angelegenheit. Er ist daran, sich zu konstituieren. Er besteht, wenn wir das geografisch betrachten, aus rund 1,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Betroffen sind über 900'000 Arbeitsplätze. Es sind weit über 200 kommunale Körperschaften, also Städte und Gemeinden, in diesem Raum. Die Leute, die hier wohnen, verstehen sich als AargauerInnen, ThurgauerInnen, SchaffhauserInnen, GlarnerInnen, ZugerInnen, SchwyzerInnen, St. GallerInnen oder sogar LuzernerInnen. Der Raum wurde von uns nach einer simplen Methode definiert, nämlich nach der Definition des Bundesamtes für Statistik. Diese beruft sich auf die Pendlerströme und versucht so, diese Metropolitanräume abzugrenzen. Wir haben uns aber von allem Anfang an nicht strikt an diese Grenze gehalten und auch die Möglichkeit eröffnet, dass Gebiete, für die eine enge Verflechtung zum Metropolitanraum definiert ist, sich auch haben dazugesellen können. Luzern war von allem Anfang an dabei, obwohl Luzern nicht im statistischen Sinne zur Metropolitanregion Zürich gehört. Luzern ist heute Vollmitglied im Verein

Metropolitanraum Zürich. Acht Kantonsregierungen, 236 Gemeinde- und Stadträte planen, kontrollieren, politisieren in diesem Gebilde, haben Visionen und manchmal auch keine.

Wieso gibt es diesen Verein Metropolitanraum Zürich? Was ist eigentlich der Sinn? Offensichtlich ist es so, dass sich die Einwohnerinnen und Einwohner, vor allem aber die politisch Verantwortlichen irgendwo einem gemeinsamen Raum zugehörig fühlen. Es gibt offenbar einen funktionalen Lebens- und Wirtschaftsraum, der über die Kantonsgrenzen hinaus geht. Das wird als Faktum anerkannt und hat dazu geführt, dass man sich Fragen gestellt hat. Wir haben den Anfang an einer Tagung in Winterthur vor fast fünf Jahren gemacht, wo darüber diskutiert wurde, wie man in diesem Wirtschafts- und Lebensraum enger und besser zusammenarbeiten kann. Da ist die Idee entwickelt worden, dass es eine institutionalisierte Zusammenarbeit braucht. Man versteht sich offenbar als ein gemeinsamer Raum, der durch horizontale und vertikale Grenzen segmentiert, getrennt und strukturiert ist. Wir haben uns daran gewöhnt, die bestehenden Kantonsgrenzen, meist auch die bestehenden Gemeindegrenzen – das vielleicht etwas weniger – als schon fast gegeben zu betrachten, jedenfalls als etwas Vorbestimmtes, Vorgegebenes und Unveränderbares. Deshalb ist bis jetzt niemand auf die Idee gekommen zu sagen, eigentlich müsste man in diesem Metropolitanraum die Kantonsgrenzen sprengen und ein neues Gebilde schaffen – einen Grosskanton oder etwas Ähnliches –, obwohl das einige vielleicht im Hinterkopf haben. Aber es waren sich alle einig, dass man die Grenzen durchlässiger machen muss, die Grenzen zwischen den Kantonen, die vertikalen Grenzen, aber auch die Grenzen im horizontalen Sinne, zwischen kommunaler und kantonaler Ebene, weil für die Entwicklung dieser Region häufig das Zusammenspiel der Entscheidungsträger auf beiden Ebenen sehr wichtig ist. Deshalb ist der Grundgedanke dieses Gebildes Metropolitanraum Zürich, die bestehenden Grenzen durchlässiger zu machen und die Zusammenarbeit zu vereinfachen. In den Statuten heisst es, man verstehe den Metropolitanraum als gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum. Mit seinen Aktivitäten leiste der Verein einen Beitrag zur langfristigen Sicherung der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner und

zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Er setzt sich für einen offenen, dynamischen und gut erreichbaren Metropolitanraum ein. Er bietet seinen Mitgliedern eine Plattform, um Aufgaben und Projekte zur Stärkung des Metropolitanraums gemeinsam anzugehen, und er pflegt Verbindungen zu anderen Metropolitanräumen, ohne dass wir genau definiert hätten zu welchen. Vielleicht wird Kollege Urs Hofmann zu diesem speziellen Aspekt dann noch etwas sagen.

Was macht der Verein Metropolitanraum Zürich?

Zur zweiten Frage, die jetzt schon etwas eingeleitet wurde: Was macht eigentlich dieser Verein Metropolitantagung? Auf der einen Seite bestand immer die Idee, gemeinsame Projekte zu lancieren, gemeinsam diesen Raum weiterzuentwickeln und eine Plattform zu bieten, um Einfluss nehmen zu können. Auf der anderen Seite war immer eine wichtige Idee, dass man sich gemeinsam in der Schweiz und darüber hinaus für die Interessen dieses Raumes einsetzt. Kurz gesagt: Lobbying für die eigenen Interessen einerseits und andererseits Zusammenarbeit im eigenen Raum. Wir haben eine Vision mit einem Zeithorizont bis 2030 formuliert und dort vier Handlungsfelder definiert, in denen der Metropolitanraum Zürich oder die Organe des Metropolitanraums Zürich aktiv sein wollen. Die vier Handlungsfelder sind Wirtschaft, Lebensraum, Verkehr und Gesellschaft. In der konkreten Arbeit hat sich jetzt sehr schnell herausgestellt, dass ein Thema das im Moment dominierende ist: Das ist das Verkehrsthema. Es ist vielleicht nicht zufällig, dass die Frage der Verkehrsanbindung des Metropolitanraumes an andere Räume und die Frage der Verkehrsverbindungen innerhalb des Metropolitanraums die entscheidende ist, weil das im Wesentlichen die Veränderung ist, die diesen Lebens- und Wirtschaftsraum mitdefiniert. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass die Arbeitsgruppe Verkehr bis jetzt die konkretesten Anträge unterbreitet hat. Wir haben in diesem Frühling in Luzern als Metropolitanraum Zürich Stellung genommen zu den Verkehrsinfrastrukturvorhaben im Bereich des öffentlichen Verkehrs und versuchen, das nun auch in die Entscheidungsfindung in Bern einzubringen. Die Diskussion dort hat ge-



zeigt, dass es Interessengegensätze auch innerhalb des Metropolitanraumes gibt. Es war eine spannende Diskussion, da gewisse Subregionen eine besondere Unterstützung des Metropolitanraumes Zürich für ihre Anliegen erwarteten. Plötzlich wurde im Rahmen der Metropolitankonferenz über das Projekt Tiefbahnhof Luzern diskutiert. Die Luzernerinnen und Luzerner haben unglaubliche Hoffnungen in den Metropolitanraum Zürich investiert, denn sie hofften auf eine kraftvolle Unterstützung ihrer Anliegen. Das sind jetzt spannende erste politische Diskussionen, die im Bereich Verkehr stattfinden. Im öffentlichen Verkehr haben wir Entscheide gefällt. Das hat sich gut angelassen. Wir werden bei der nächsten Metropolitankonferenz diesen Herbst versuchen, auch im Bereich des Privatverkehrs gemeinsame Positionen zu erarbeiten. Da zeichnet sich ab, dass das etwas schwieriger sein könnte. Neben dem Verkehr sind in den anderen Handlungsfeldern, Wirtschaft, Lebensraum und Gesellschaft, auch gemeinsame Projekte in Gang. Insbesondere wird im Bereich Wirtschaft ein Projekt lanciert, das sich mit nachhaltigen Unternehmungen befasst, mit der Möglichkeit, diese hier anzusiedeln und die Rahmenbedingungen insgesamt zu verbessern. Man ist im Bereich der Raumplanung tätig und versucht unter den Kantonen und Gemeinden gewisse raumplanerische Entwicklungen zu koordinieren. Hier sind ebenfalls neue Vorschläge in Aussicht gestellt worden. Es ist ein junges Gebilde, eine zarte Pflanze. Man sieht aber, dass hier bereits erste Früchte im Entstehen sind.

Wie funktioniert der Verein Metropolitanraum Zürich?

Wie organisiert man diesen Raum, mit diesen acht Kantonen, mit diesen weit über 200 Gemeinden, mit zum Teil unterschiedlichen Interessen? Sie können sich vorstellen, dass dies kein einfaches Gebilde ist. Die Organisationsstruktur sieht folgendermassen aus: Wir haben acht Kantone und die ungefähr 110 Mitgliederstädte und -gemeinden, welche die Metropolitankonferenz bilden. Diese wiederum ist unterteilt in 2 Kammern: eine Kantonskammer und eine Städte- und Gemeindekammer. Das Stimmrecht in diesem Gebilde ist gewichtet. Man hat pro 4'000 Einwohner eine Stimme, genau gesagt: Gemeinden bis 2'000 Einwohner haben eine Stimme und grössere Gemeinden haben für weitere 4'000 Einwohner eine weitere. Wir haben also ein nach Einwohnerzahlen gewichtetes Stimmrecht. Die Kantonskammer hat gleich viele Stimmen wie die Städte- und Gemeindekam-

mer. Die Kantonsstimmen teilen sich dann auch wiederum nach einem Schlüssel auf die Kantone auf. Bei einer Abstimmung in der Metropolitankonferenz bekommen die einzelnen Vertreter der Körperschaften ein Gerät in die Hand gedrückt, mit dem sie abstimmen können. Die Stimmkraft wird dann automatisch richtig gewichtet. Wir wenden also ein elektronisches System an. Das ist eine austarierte Angelegenheit: Gewisse Entscheide bedürfen die Zustimmung sowohl der Kantonskammer als auch der Städte- und Gemeindekammer; gewisse Entscheide kommen zustande mit dem einfachen Mehr der Metropolitankonferenz, jedoch immer über diese gewichteten Stimmen. Das sind Kompromisse, die eingegangen werden mussten, um die unterschiedlichen Interessen unter ein Dach zu bekommen. Es gibt einen Metropolitanrat, das ist der Vorstand dieses Gebildes. Er besteht aus je acht Vertretern der Kantone sowie der Städte und Gemeinden. Der Metropolitanrat wählt operativen Ausschuss: Das ist die Verwaltungsebene, die die Geschäfte vorbereitet. Zudem hat der Metropolitanrat die inhaltlichen Arbeitsgruppen in den vier Handlungsfeldern eingesetzt, welche die Vision definiert haben. Eine Geschäftsstelle mit 30 Stellenprozenten organisiert die Formalitäten. Die Metropolitankonferenz hat den Charakter einer parlamentarischen Versammlung, nur sind die Mitglieder dieser Metropolitankonferenz nicht Parlamentarierinnen und Parlamentarier, sondern Vertreter ihrer Gebietskörperschaften. Das ist die Problematik solcher Gebilde, die sich aus Mitgliedern zusammensetzen, die körperschaftlichen Charakter haben. Die Mitglieder werden vom Vertretungsorgan der Exekutive vertreten.

Ich fasse noch einmal kurz zusammen: Metropolitankonferenz, Metropolitanrat, operativer Ausschuss, Arbeitsgruppen und die Geschäftsstelle.

Wir hatten bis anhin, wenn wir von der Gründungsversammlung vom 1. Juli 2009 absehen, zwei Metropolitankonferenzen, an denen wirklich operative Entscheidungen getroffen wurden. Diese haben nicht wirklich schlecht funktioniert, obwohl wir alle etwas skeptisch waren, ob es überhaupt funktioniert. Aber nochmals: Es ist ein junges Gebilde, das sich etablieren muss, und wir werden wahrscheinlich erst in fünf, sechs Jahren sehen, in welche Richtung es sich entwickelt hat. Ob es wirklich zu einem schlagkräftigen, funktionierenden Interessenvertreter für den Metropolitanraum Zürich geworden ist und ob die Zusammenarbeit so verbessert werden konnte, wie wir uns das vorstellen, wird sich zeigen. Es ist ein Versuch, ein Übungsfeld, das selbstverständlich viele

Fragen stellt, aber noch nicht alle Fragen beantworten kann.

Ich bin gespannt auf die Diskussion, auf Ihre Reaktionen und auf Ihre Ideen, wie der Metropolitanraum Zürich in die demokratischen Gepflogenheiten der einzelnen Kantone eingebunden werden muss.



Drei Thesen zur Entwicklung von Metropolitanregionen

Prof. Dr. Daniel Kübler, Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich

Referat gehalten am 11. September 2010 an der Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen

Einleitung

Die Agglomerationsfrage und die Frage der politischen Steuerung von Ballungsräumen ist zurzeit in der Schweiz von grosser Aktualität. In der Tat sind Agglomerationen zu einer prägenden Siedlungsform geworden: Drei Viertel der Bevölkerung in der Schweiz leben heute in Agglomerationen, Metropolitanräumen oder Einzelstädten. Dieses Wachstum der Agglomerationen im letzten Jahrhundert vor allem seit den 50er-Jahren ist beeindruckend. Sie sehen das auf den Karten, auf denen die offiziellen Agglomerationen gemäss Volkszählung 1960, 1970, 1980, 1990 und 2000 abgebildet sind.

Die Agglomerationen sind im Jahr 2000 noch einmal gewachsen. Eine wichtige Charakteristik dieser Agglomerationen in der Schweiz ist ihre institutionelle Fragmentierung. Die grösste Agglomeration Zürich mit ein bisschen mehr als 1 Million Einwohner erstreckt sich auf 132 Gemeinden. Diese 132 Gemeinden liegen in drei Kantonen. Zürich, Aargau und Schwyz. Die Agglomeration Basel ist noch fragmentierter. Ebenso wie in Genf liegt in Basel ein wesentlicher Teil der Agglomeration im angrenzenden Ausland. Die Agglomeration Basel erstreckt sich über zwei Nachbarländer, Genf über eines. Bern und Lausanne sind die beiden Grossagglomerationen, die am wenigsten Gemeinden in Nachbarkantonen haben. Weiter haben wir noch kleinere Agglomerationen. Interessant ist insbesondere der Fall von Lugano, der die am stärksten fragmentierte Agglomeration darstellt.

Erste These: Räumliche Entwicklung

Deshalb meine erste These: Die Bedeutung der Agglomerationen und der Metropolitanräume in der Schweiz wird weiter hoch sein, wird weiter zunehmen und diese Räume zeichnen sich auch weiterhin durch eine hohe institutionelle Fragmentierung aus, also eine grosse Anzahl von Gemeinden. Daraus wird ersichtlich, dass wir uns überlegen müssen, mit welchen Ansätzen wir die politische Steuerung in solchen Räumen überhaupt bewerkstelligen können. Diese Frage ist eine der meist diskutierten Fragen in den raumbezogenen Sozialwissenschaften der letzten hundert

Jahre. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat man gesagt: Wenn die Agglomerationen über die institutionellen Grenzen hinauswachsen, dann muss man die institutionellen Grenzen anpassen. Das war damals der Hauptansatz: Also haben in der Schweiz im Zeitraum von 1893 bis 1934 Eingemeindungen und Fusionen stattgefunden. Damals wurden in den grossen Städten viele Gemeinden eingemeindet, zum Beispiel in Zürich, Winterthur und Genf. Diese Bewegung hat sich aber nach dem 2. Weltkrieg aus verschiedenen Gründen verlangsamt, auf die ich hier nicht mehr eingehen kann. Die bedeutendste, kürzlich erfolgte Eingemeindungsaktion fand im Jahr 2004 in Lugano statt. Aber auch in der Agglomeration Luzern hat mit der Fusion von Littau und der Stadt Luzern eine wichtige Gebietsreform stattgefunden.

Eine weitere Möglichkeit zur institutionellen Konsolidierung, also zur Anpassung der bestehenden Institutionen an diese Ballungsräume, ist die Schaffung von Metropolitan-Regierungen. Das ist beispielsweise in Frankreich, aber auch kürzlich in London passiert. Die Greater London Authority beispielsweise ist eine neue institutionelle Ebene oberhalb der Gemeinden. Auch in der Schweiz hat es das gegeben oder sind noch solche Gebilde im Entstehen. Dazu ist insbesondere die Agglomération de Fribourg zu nennen, wo eine solche Institution geschaffen wurde, oder auch die Berner Regionalkonferenzen, wo ebenfalls multifunktionale Institutionen zwischen Gemeinden und Kanton geschaffen worden sind.

Die zweite Möglichkeit, um diese Steuerung der Agglomerationen zu bewerkstelligen, ist, dass man auf das Prinzip Markt- oder Selbstkoordination setzt und sich sagt, dass die Konkurrenz unter den einzelnen Gemeinden eigentlich etwas Gutes ist, weil es die Gemeinden zur effizienten Ressourcenallokation zwingt. Man muss dabei lediglich dafür sorgen, dass der Wettbewerb nicht verzerrt wird. Man muss zum Beispiel Zentrumslasten ausgleichen und gewisse Aufgaben entflechten, damit der Wettbewerb zwischen den Gemeinden nicht verzerrt wird. Auch das ist in der Schweiz ein Ansatz, der verfolgt wird. Die meisten grossen Kantone, die urbane Zentren beherbergen, haben Reformen beim innerkantonalen Finanzausgleich geschaffen oder es wird mit

Lastenausgleichs-Mechanismen, wie das im Kanton Zürich oder auf Bundesebene durch den neuen Finanzausgleich eingeführt wurde, Wettbewerbsverzerrungen entgegengewirkt.

Neben dem ersten Prinzip der Steuerung durch Hierarchie und dem zweiten Prinzip der Selbstkoordination durch die unsichtbare Hand des Marktes gibt es auch ein drittes Steuerungsprinzip, das auf Verhandlungslösungen setzt, also auf Koordination durch Verhandlung, durch freiwillige Vereinbarungen, die man verpflichtend eingeht. Zu dieser Kategorie gehören einerseits die zahlreichen Gemeindezweckverbände, die wir kennen, andererseits auch die interkantonalen Konkordate und die Gebilde wie die Metropolitankonferenz Zürich. Das sind alles Gebilde, die sich dadurch kennzeichnen, dass man sich über Entscheidungsregeln einigt, sich dann an diese Entscheidungsregeln hält und versucht, miteinander zu verhandeln und gemeinsame Positionen auszuarbeiten.

Auch in der vertikalen Dimension gibt es diese intergouvernementale Zusammenarbeit in der letzten Zeit zu vermerken. Zum Beispiel gehört die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) zu den Gebilden, mit denen man versucht, durch Austausch von Informationen, in Verhandlungen, sich gegenseitig entgegenzukommen, gemeinsame Ziele zu entwickeln und Entscheidungen zu treffen. Meine These ist, dass in der Schweiz im 21. Jahrhundert vor allem diese Formen der Agglomerationssteuerung im Vordergrund stehen werden. Die institutionellen Konsolidierungen werden zwar weiterhin geschehen; es wird weiterhin Gemeindefusionen geben. Aber die Geschwindigkeit, mit der sich die Agglomerationen entwickeln und sich auf neue Gemeinden ausdehnen, wird schneller sein, als Gebietsreformen stattfinden können. Auch in Lugano hat die bedeutendste Gebietsreform, die stattgefunden hat, die Fragmentierung der Agglomeration Lugano nicht wesentlich reduziert. Im Bereich Kompensation von Zentrumslasten usw. ist eigentlich die grösste Arbeit bereits getan. Der Finanzausgleich auf Bundesebene ist unter Dach und Fach. Auch in den Kantonen sind Reformen geschehen.



Zweite These: Gouvernanz

Deshalb ist meine zweite These: Für die politische Steuerung der Schweizer Agglomerationen und Metropolitanräume im 21. Jahrhundert wird das Prinzip Verhandlung bei der Entscheidungsfindung an Bedeutung gewinnen. In diese Verhandlungen eingebunden sind vor allem Vertreter der Gebietskörperschaften. Das sind in der Regel Exekutivvertreter, also sind diese Gremien stark exekutivlastig. In der Regel wird in den Gremien Einstimmigkeit der dominante Entscheidungsmodus sein. Die Metropolitankonferenz Zürich ist insofern eine Ausnahme, als man sich auf die Möglichkeit geeinigt hat, Mehrheitsentscheidungen zu treffen.

Was bedeutet das für die Parlamente? Was können Parlamente tun? Das Phänomen der exekutivlastigen Gremien kennen wir bereits aus verschiedenen Gremien: Die Gemeindezweckverbände, die interkantonalen Konkordate und nicht zuletzt die Europäische Union haben dieses Problem. Es sind typische Probleme von Entscheidungsfindungsgremien, die auf Verhandlung basieren. Parlamente könnten auf verschiedene Art und Weise darauf reagieren.

Sie könnten versucht sein, die Kontrollmöglichkeiten auszubauen, also zum Beispiel ihren Vertretern in diesen Gremien das Mandat zu binden. Dadurch würden die Parlamentarierinnen und Parlamentarier einen stärkeren Einfluss auf die Art und Weise gewinnen, wie sich diese Vertreter im Gremium gebärden können. Es würde jedoch die Handlungsfähigkeit der interkantonalen oder interkommunalen Metropolitangremien stark einschränken, wenn sich die Vertreter immer zuerst vergewissern müssten, dass alles, was sie sagen und alle Kompromisse, die sie möglicherweise eingehen, mit ihren Parlamenten abgesprochen sind. Das würde auch bedingen, dass die Parlamente sehr gut informiert sind und sich nicht nur mit der eigenen Interessenlage befassen müssten, sondern auch mit der Interessenlage des gesamten Metropolitanraums und den Interessen der anderen im Gremium vertretenen Gebietskörperschaften. Es ist klar, dass dies bis zu einem gewissen Grad die Kapazitäten dieser Parlamente überschreitet, besonders wenn es sich um kleine Kommunen handelt.

Eine zweite Möglichkeit ist die Bildung von interparlamentarischen Gremien: Nichts hindert die Parlamente der vertretenden Gebietskörperschaften in diesen Metropolitankonferenzen daran, ein Metropolitanparlament zu gründen und Kommission zu bilden, wo Vertreter aus den Parlamenten der verschiedenen angeschlossenen Gemeinden deliberieren und debattieren.

Das ist eine Möglichkeit, die zum Beispiel bei der Bildung der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Diskussion über den Bildungsraum Nordwestschweiz angewendet wurde. Das ist aber vermutlich sehr aufwendig und bis zu einem gewissen Grade schwerfällig, wenn man das breite Themenspektrum anschaut, welches diese Metropolitanorganisationen mittlerweile behandeln, denn es muss ein ähnlicher Sitzungsrhythmus gefunden werden wie bei den Exekutivgremien dieser Metropolitanorganisationen.

Eine dritte Möglichkeit ist – und das sehe ich als die wichtigste Möglichkeit –, wenn man sich auf diese Parlamente nicht als Entscheidungsgremien, sondern als Begleitgremien, als Aufmerksamkeits-Arenen fokussiert. Das tun die Parlamente ja jetzt schon. Wenn Sie in Parlamenten Fraktionserklärungen abgeben, dann wissen Sie, dass diese keinen direkten Entscheid zur Folge haben. Aber der Druck des Arguments, der Öffentlichkeit, der daraus entsteht, hat einen Einfluss auf die Exekutive und kann der Exekutive auch eine Art Echo geben, wie das Parlament zu gewissen Fragen steht. Die Exekutive kann sich auch nicht erlauben, diese nicht bindenden Meinungsäusserungen gänzlich zu ignorieren. Diese Funktion der Parlamente als Begleitgremien, als Öffentlichkeits-Generatoren kann einen Einfluss auf das Agenda-Setting dieser Metropolitanorganisationen haben, indem die Parlamente zum Ausdruck bringen können, welches der Themen sie als prioritär erachten oder auch nicht, beziehungsweise welche der angestrebten Problemlösungen sie als wichtig erachten und welche nicht. Da wird das Parlament für die Exekutive sozusagen zu einem Sparringpartner bezüglich der Positionen, welche die Exekutivvertreter in den intergouvernementalen Gremien dann vertreten werden.

Dritte These: Parlamente

Deshalb meine letzte These: Die kantonalen und kommunalen Parlamente müssen ihre Rolle an die Anforderungen der «post-parlamentarischen» Demokratie anpassen. Sie werden weniger in der Lage sein und es wird vermutlich nicht zielführend sein, tatsächlich Entscheidungskontrolle auf die Exekutive auszuüben, wie das im traditionellen Parlamentarismus die Kernidee ist, sondern mehr und mehr wird die Fähigkeit in den Vordergrund rücken, Aufmerksamkeit für politische Fragen und Positionen zu schaffen und diese Positionen den Exekutivvertretern dieser Gremien ans Herz zu legen. Ich habe bisher dazu keine systematischen Untersuchungen angestellt. Aber aufgrund von anekdotischen

Beobachtungen scheint es mir wenig der Fall zu sein, dass sich Parlamente, sei es von Gemeinden oder Kantonen, stark mit interkantonalen Fragen oder Agglomerationsfragen befassen. Diese Dinge werden wenig thematisiert. Die Parlamente sind immer noch auf ihre Hauptarbeit fokussiert, auf die ureigenen Interessen der eigenen Gemeinden. Beispielsweise hört man im Wahlkampf wenig von Positionen, die man auf Agglomerationsebene verteidigen möchte, oder von Projekten, die auf Agglomerationsebene wichtig sind. Ich denke, die Rolle der Parlamente könnte ohne grosse institutionelle Reformen oder ohne grossen zusätzlichen Ressourcenbedarf in den interkantonalen und interkommunalen Gremien gestärkt werden, wenn man sich dieser Möglichkeit, dass die Exekutive durch die Schaffung von Öffentlichkeit kontrolliert werden kann, stärker bewusst wird und in sie investiert.



Der Kanton Aargau zwischen den grossen Agglomerationen

Urs Hofmann, Regierungsrat des Kantons Aargau

Stellungnahme präsentiert am 11. September 2010 an der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen

Der Kanton Aargau ist gerade unter dem Aspekt der Metropolitanregionen ein Spezialfall. Wir sind nicht das Zentrum einer der grossen Agglomerationen, aber wir sind Bestandteil der beiden grossen Deutschschweizer Agglomerationen, nämlich Zürich und Basel. Zum Metropolitanraum Zürich gehört nach der Statistik, die Regierungsrat Notter dargelegt hat, rund ein Drittel unserer Kantonsbevölkerung, das sind rund 200 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Zum Metropolitanraum Basel gehört vorab das Fricktal, das sind rund 60 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der Rest des Kantons, das sind zirka 250 000 oder 300 000 Einwohnerinnen und Einwohner, gehört auch irgendwie zu diesen Räumen, einfach nicht gemäss der statistischen Definition. Aber je nach Arbeitsort, Ausrichtung oder Herkunft fühlt man sich eher zu Basel oder zu Zürich hingezogen oder zur Innerschweiz. Es gibt zwar auch noch solche, die nur Aargauerinnen und Aargauer sind.

Für uns stellte sich vorab die Frage: Ist die Bildung solcher Metropolitanräume eher eine Gefahr für den Kanton Aargau? Gibt es zentrifugale Kräfte, die unseren Kanton auseinanderreißen? Oder ist es eine Chance, wenn wir mitmachen und diese Entwicklung fördern? Der Regierungsrat vertritt die zweite Position. Wir sind der Ansicht, dass es die Bildung solcher institutionellen Metropolitanräume gerade unserem Kanton ermöglicht, auch bei diesen zentralen Fragen der Entwicklung der grossen Agglomerationen mitzureden, und zwar in einer institutionellen Art und Weise mitzureden und nicht nur bei gelegentlichen Treffen oder segmentiert in verschiedensten Teilorganisationen. Deshalb ist der Kanton Aargau Mitglied der Metropolitankonferenz Zürich. Er ist sehr daran interessiert und fördert die Bestrebungen, dass auch in der Region Basel eine entsprechende Organisation entsteht. Wir haben heute in der Region Basel die Situation, dass sich sehr viele Organisationen um Agglomerationsfragen und interkantonalen sowie internationale Zusammenarbeit bemühen. Wir haben eine Regio Basiliensis, wir haben die verschiedenen trinationalen Organisationen. Dazu wird sicher Herr Überwasser noch Stellung nehmen. Unser Ziel wäre, auch da eine Organisation zu schaffen, die eine Klammer um diese ver-

schiedenen Organisationen bildet und es ermöglicht, eine Plattform zu bilden, auf der die wichtigen Fragen der Zukunft der Agglomeration Basel gemeinsam besprochen werden können.

Die ersten Erfahrungen mit der Metropolitankonferenz Zürich zeigen, dass die Öffentlichkeit, die mit einer Metropolitankonferenz geschaffen wird, die öffentliche Diskussion erst richtig ermöglicht. Wir haben bisher schon Diskussion in Arbeitsgruppen, unter Regierungen auch in der Region Zürich geführt. Wir treffen uns auf Regierungsebene mit dem Zürcher Regierungsrat jedes Jahr und diskutieren über wichtige Fragen. Auf Verwaltungsebene gibt es selbstverständlich Abstimmungen, bei der Richtplanung und bei Fragen, die interkantonal diskutiert werden müssen. Aber das findet natürlich sehr oft unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das sind dann wirklich Verwaltungs- und Expertengespräche. Eine positive Entwicklung für eine mögliche Mitsprache und für ein Einbringen der parlamentarischen Ebene ist das Öffentlichmachen dieser Diskussionen. Dazu trägt meines Erachtens eine Metropolitankonferenz mit diesem öffentlichen Charakter ganz wesentlich bei.

Zum Inhalt der bisherigen Diskussionen in den Metropolitankonferenzen Zürich: Wie ich es wahrnehme, sind die Diskussionen erheblich weniger konkret und erheblich weniger weit gehend als zum Beispiel in den Direktorenkonferenzen der Kantone. Wenn es darum geht, Konkordate auszuarbeiten, Positionen zuhanden des Bundes zu formulieren, dann sind die Direktorenkonferenzen, KKJPD (Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren), Konferenz Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren, GDK (Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren) usw. von einer erheblich grösseren Bedeutung als sich das bis heute bei der Metropolitankonferenz Zürich auch nur abzeichnet. Ob das je zu einer solchen konkreten Zusammenarbeit und auch zur Formulierung von interkantonalen Vereinbarungen kommt, wird die Zukunft zeigen. Herr Regierungsrat Notter hat darauf hingewiesen: In fünf bis sechs Jahren muss man einmal schauen, in welche Richtung sich das entwickelt. Unter diesem Aspekt würde ich die These wagen: Im Verhältnis zu dem, was seit Jahren interkantonal in

Form von Konkordaten und Konferenzen abläuft, ist das eine Nebensächlichkeitsfrage, was sich bisher bei den Metropolitankonferenzen abzeichnet. Dies zeigt sich auch darin, dass zum Beispiel bei uns im Grossen Rat in diesem Saal zwar die Frage der Einflussnahme des Grossen Rates auf Vernehmlassungen, die der Regierungsrat zu Konkordaten und Vorbereitungsarbeiten zu Konkordaten abgibt, immer wieder stellt und dass es dazu auch immer wieder hitzige Diskussionen zwischen Parlament und Regierungsrat gibt, aber die Frage der Metropolitanräume war bis jetzt eigentlich eine nebensächlich Frage. Das Parlament hat sich nicht gross darum gekümmert, nicht weil es noch nicht gemerkt hat, worum es geht, sondern meines Erachtens, weil zu wenig Konkretes und Wichtiges in diesen Gremien diskutiert wurde, um das Parlament bereits zu beunruhigen – vielleicht kommt das noch, je nachdem, in welche Richtung es sich entwickelt.

Eine Bemerkung zur Position des Kantons Aargau – Herr Regierungsrat Notter hat es in seinem Referat kurz erwähnt und dabei meinen Namen genannt: Metropolitanräume sollen die Zusammenarbeit in der Agglomeration über die Kantons- und Gemeindegrenzen hinweg fördern. Was sie aber nicht tun sollten, ist, dass sich die einzelnen Metropolitanräume gegenüber den andern abschotten und sich nur noch als einzelne Metropolitanräume mit Grenzen gegen aussen verstehen. Deshalb haben wir im Kanton Aargau das grösste Interesse, dass die Metropolitankonferenz Zürich und – sollte diese jemals entstehen – auch eine Metropolitankonferenz Basel sehr eng zusammenarbeiten und sich nicht als Konkurrenten verstehen, sondern als Diskussionsplattformen, die auch das gemeinsame Gespräch suchen müssen. Zumal besteht im wirtschaftlichen Bereich ein Wirtschaftsraum Nordschweiz, zu dem sowohl Basel als auch Zürich gehören. Es gibt nicht den Wirtschaftsraum Zürich, der gegen den Wirtschaftsraum Basel abgeschottet ist. Wir erleben im Kanton Aargau täglich in der wirtschaftspolitischen Diskussion, dass es da keine Grenze gibt. Das Ziel muss sein, diese beiden kräftigen Wirtschaftsregionen und die Kraft dieser Wirtschaftsregionen so zu bündeln, dass wir uns in der Deutschschweiz gut positionieren können, auch im internationalen



Standortwettbewerb. Deshalb: Metropolitankonferenzen ja, gute Diskussionsplattform, Schaffung von Öffentlichkeit! Aber es darf nicht eine Struktur entstehen, die auf kleinem Raum zu Konkurrenzen führt! Das können wir uns in der Deutschschweiz, im Mittelland, in der Nordschweiz nicht leisten.



L'agglomération franco-valdo-genevoise

Guy Mettan, Président du Grand Conseil Genève

Prise de position présentée le 11 septembre 2010 à l'occasion de l'Assemblée générale annuelle de la Société Suisse pour les questions parlementaire

1. Considérations introductives sur l'agglomération franco-valdo-genevoise

Je vous propose tout d'abord de vous faire part de quelques considérations introductives sur l'agglomération franco-valdo-genevoise. Dans un deuxième temps, je souhaite développer un certain nombre d'éléments sur les thèses proposées par le professeur Kübler, en les plaçant dans le contexte franco-valdo-genevois.

Tout d'abord, pour situer le contexte, je commencerai par quelques éléments factuels et quelques chiffres sur l'agglomération franco-valdo-genevoise: c'est 2 pays, 2 cantons suisses et 2 départements français; c'est aussi 1 région française, la région Rhône-Alpes, 2000 km², 208 communes, 860 700 habitants. Sur ce point, nous avons quelques divergences avec l'exposé introductif de tout à l'heure qui situait notre région à 690 000 habitants et 403 000 emplois.

Il s'agit d'une agglomération transfrontalière, ce qui ne facilite pas toujours les choses, la réalité du terrain ne rencontrant pas toujours la réalité juridique. C'est la question de la frontière comme obstacle et à ce sujet, j'entendrais avec plaisir le rapporteur du canton de Bâle-Ville et l'expérience bâloise dans ce domaine.

L'épicentre de notre agglomération se situe à Genève-ville où se concentre la plus grande partie des emplois. Ceci crée du ressentiment face à ce rôle que Genève exerce comme pôle d'attraction. Il y a donc des tensions de part et d'autre de la frontière, qui se retrouvent par exemple dans l'émergence d'un parti anti-frontaliers, qui a recueilli 17 députés sur 100 aux dernières élections, et dans un fort ressentiment de la part de la population genevoise contre les frontaliers, pas tellement contre les personnes, mais à cause des nuisances générées du point de vue du trafic, puisqu'il y a 70 000 voitures passant quotidiennement la frontière de la France dans l'agglomération genevoise. Il y a aussi des tensions du côté français, puisque l'attraction économique de Genève fait monter les prix du logement dans la zone frontalière française. Les Français qui n'ont pas la chance de travailler à Genève et ne bénéficient pas de revenus suisses se retrouvent pénalisés par cette hausse des prix. En outre, on se trouve face à une méconnaissance des

partenaires, voire une certaine méfiance de part et d'autre.

Du point de vue de la gouvernance, la construction de l'agglomération franco-valdo-genevoise laisse apparaître un important déficit démocratique dans le canton de Genève, en particulier au regard du rôle marginal du parlement cantonal. On a en outre l'impression, et c'est une impression largement partagée dans la population, d'une gouvernance très technocratique.

C'est notamment l'une des raisons pour lesquelles notre Grand Conseil a organisé le 4 juin 2010 les premières Assises transfrontalières. Il s'agissait d'une réunion d'élus des différentes autorités et entités de l'agglomération. Les assises avaient plusieurs objectifs, notamment apprendre à se connaître, recenser les domaines dans lesquels il existe des difficultés et esquisser les contours d'une gouvernance démocratique de cette région transfrontalière. Les travaux ont abouti à une déclaration finale prévoyant notamment la pérennisation du principe d'une rencontre régulière entre élus du canton de Vaud, du canton de Genève et des deux départements français, ainsi que la création d'une commission transfrontalière de 32 membres, chargée de préparer les futures assises. Les 32 membres se répartissent en 16 membres français et 16 représentants suisses (4 membres du canton de Vaud et 12 membres du canton de Genève). Des représentants des communes auront un statut d'observateur.

2. Les thèses du professeur Kübler

J'aimerais aborder maintenant la première proposition du professeur Kübler:

Le périmètre «politique» de l'agglomération s'est quelque peu étendu depuis 2007, surtout du côté français. Toutefois, je ne sais pas si ce périmètre est vraiment destiné à s'étendre encore dans de très larges mesures. Je pense que du côté de Genève, nous avons maintenant circonscrit les limites de l'agglomération.

Par contre, la seconde partie de la thèse – le degré élevé de fragmentation institutionnelle caractérisant les agglomérations et les aires métropolitaines – est tout à fait pertinente dans le contexte de l'agglomération franco-valdo-genevoise. Nous

sommes en effet en présence d'un nombre très important d'institutions et d'entités différentes, phénomène que le caractère transfrontalier de l'agglomération accentue encore. A titre d'exemple, nous avons:

- du côté suisse: un niveau gouvernemental, un niveau parlementaire (canton), des communes, des groupements de communes (par exemple le Conseil régional du district de Nyon);
- du côté français: des représentants de l'Etat français (préfet par exemple, qui, dans les départements, exerce un rôle important), le Conseil régional de la Région Rhône-Alpes avec ses élus, deux conseils généraux (départements de l'Ain et de la Haute-Savoie), plus de cent communes françaises et, finalement, des établissements publics de coopération intercommunale, catégorie à l'intérieur de laquelle se retrouvent encore plusieurs structures juridiques (syndicats mixtes, communautés urbaines, communautés d'agglomération, communautés de communes – et cela rien que pour le côté français);
- les organes transfrontaliers, à l'image du Comité régional franco-genevois (CRFG), qui a été instauré par le Traité franco-suisse de 1973, à l'intérieur duquel se trouve le comité de pilotage du projet d'agglomération.

Ce degré élevé de fragmentation institutionnelle a d'ailleurs été mis en évidence lors de nos assises. En particulier, l'atelier consacré à la gouvernance de la région a relevé la difficulté de convergence «administrative» que pose la multiplication des institutions et des entités impliquées.

A mon sens, il y a au moins deux conséquences à cette fragmentation institutionnelle: d'une part, les décisions sont difficiles à prendre et l'on ne sait pas toujours qui a la compétence de prendre la décision, surtout avec la France. Il y a une forme de compétition entre les élus régionaux français et les préfets nommés par Paris. Les élus régionaux veulent aller de l'avant avec la coopération, alors que les préfets sont plus hésitants. Ils ont peur de Genève ou que la Suisse annexe la région frontalière. D'autre part, la fragmentation peut constituer un obstacle important à la mise en place d'une structure commune de gouvernance démocratique, par l'absence de dénominateur commun.

J'en viens maintenant à la deuxième proposition du professeur Kübler sur la



gouvernance: «De plus en plus, l'intergouvernementalisme est au cœur de la gouvernance des agglomérations et des aires métropolitaines en Suisse. Les exécutifs auront une importance croissante et décideront sur une base d'unanimité.»

Cette première thèse doit être nuancée dans le contexte genevois. Du côté suisse, il est vrai que le leadership est passé du côté de l'exécutif. Mais, à Genève en tout cas, je n'ai pas l'impression que le Conseil d'Etat s'est vraiment approprié ce dossier. Il nous semble plutôt qu'il s'agit d'un pilotage administratif et technocratique, une «affaire» de fonctionnaire. La preuve en est que trois conseillers d'Etat au moins s'occupent de la région. Ils sont en charge du dossier, ce qui représente à nos yeux deux personnes de trop! Du côté français, la tendance «gouvernementale» n'est pas non plus réglée.

En conséquence, l'importance accrue des exécutifs devrait se confirmer, mais pour le moment, il faut constater que c'est très, très flou. Cette situation nous fait prendre conscience de la nécessité d'enrayer la tendance gouvernementale et ce flou et de rééquilibrer les rôles respectifs du législatif et de l'exécutif dans la construction de la région. C'était tout l'enjeu de nos assises transfrontalières, qui étaient en particulier destinées à esquisser les contours de cette gouvernance démocratique de la région. Il va nous falloir être innovants et créatifs dans ce domaine.

Et sur ce point, j'ai plutôt l'impression que le débat portera sur les instruments de la collaboration et moins sur une question d'équilibre entre les pouvoirs. Prenons un exemple récent à Genève: il est prévu de créer un organisme de coopération transfrontalière (OCT) avec les partenaires vaudois et français, dans le cadre de l'Accord de Karlsruhe qui prévoit ce type de collaboration transfrontalière, afin de régler ce problème de la gouvernance et notamment du projet d'agglomération qui est actuellement en construction et dont la procédure de consultation a été menée par le Conseil d'Etat et la partie française. Or, les statuts de cet organisme se négocient en «catimini», presque en secret, sans implication du parlement, le gouvernement s'étant limité, comme la loi cantonale le prévoit d'ailleurs, à informer notre commission en charge des affaires extérieures, laquelle n'a même pas reçu le projet de gouvernance. Il est maintenant prévu – c'est le Grand Conseil qui le souhaite – de changer la loi cantonale sur les organismes de coopération transfrontalière, pour que le Grand Conseil soit saisi de ces problèmes, et nous sommes limités par l'article constitutionnel qui prévoit que les affaires extérieures sont du domaine du Conseil d'Etat. Et le Conseil

d'Etat, lui, ramène toujours à cette disposition constitutionnelle pour nous empêcher de faire notre travail!

Encore une remarque sur l'exposé du professeur Kübler: vous avez jugé la coopération interparlementaire «aufwendig», «ungewohnt» et «schwerfällig». Cela me semble quelque peu excessif, parce que nous avons fait le pari de jouer cette collaboration interparlementaire, par la mise en place de cette commission transfrontalière sur la base des commissions interparlementaires que nous connaissons entre cantons romands (par exemple dans le domaine des hautes écoles). Or, ce système marche assez bien.

J'en viens finalement à la troisième thèse du professeur Kübler: «Les parlements cantonaux et communaux devront redéfinir leur rôle pour s'adapter aux exigences d'une démocratie post-parlementaire. Leur capacité à générer l'attention du public sera particulièrement importante.»

On pourrait discuter sur la deuxième partie de la thèse, la signification du terme «démocratie post-parlementaire». Je vois quatre axes de réflexion.

Le premier concerne les instruments. A l'image de l'exemple que je viens de vous donner sur les organismes de coopération transfrontalière (OCT), il est certain que, dans le cadre du projet d'agglomération franco-valdo-genevois, le renforcement du rôle du parlement passera par une innovation au niveau des instruments. Les moyens d'action classiques du député ne seront certainement plus suffisants, même s'ils peuvent être utiles. En d'autres termes, le parlement doit être impliqué dans la définition et l'adoption de ces nouveaux instruments de l'agglomération. Il doit se les approprier, voire les créer lui-même, comme à Genève par exemple, où le Grand Conseil peut déposer des projets de loi. C'est d'ailleurs ce que nous ferons à notre retour, par le dépôt d'un projet de loi modifiant la loi cantonale sur les organismes de coopération transfrontalière.

Le deuxième axe concerne l'organisation du parlement, qui doit s'adapter aux contraintes de l'agglomération. Un exemple: il conviendrait peut-être de revoir le système classique d'attribution des compétences des commissions par thème, pour charger l'une d'elles de suivre le projet d'agglomération et de se spécialiser, à fond, sur ce sujet. Cette nouvelle situation conduirait à une vision globale et transversale du dossier (institutions, mobilité, transports, logements, emplois, aménagement, etc.), sans se limiter à un travail par domaine, qui peut conduire à un cloisonnement.

Le troisième axe concerne le fonctionnement du parlement. Il ne sera peut-être

plus possible de travailler selon le modèle classique «commission-plénum». La représentation parlementaire, et la légitimité démocratique qu'elle implique, devra être déléguée. Par exemple, dans le cas d'une commission transfrontalière, dans laquelle les députés-délégués représenteront le parlement et apporteront la légitimité démocratique et institutionnelle pour la construction et la gestion de cette agglomération.

Le quatrième axe est peut-être le plus difficile et concerne la compétence du parlement cantonal lorsqu'il faut faire agir le niveau fédéral. Puisque nous sommes face à deux pays, il est évident pour les autorités fédérales suisses et nationales françaises de renégocier un accord de coopération transfrontalière pour remettre à jour l'accord de 1973, pour permettre l'émergence d'un vrai parlement transfrontalier, en tout cas d'une vraie structure – comme vous avez un «Metropolitanrat» – qui nous permette d'offrir la légitimité institutionnelle et démocratique pour piloter cette agglomération. Parce que si nous restons entre cantons ou entre pays, nous n'aurons aucun organe commun pour discuter des problèmes communs.

En conclusion, la direction prise par la construction de l'agglomération franco-valdo-genevoise a mis en avant un problème de légitimité démocratique; avec ses instruments actuels, le parlement n'est pas suffisamment armé pour faire face à ce déficit. De nouveaux instruments et de nouvelles méthodes de travail parlementaire doivent être créés pour y parvenir. Enfin, il faudra développer la collaboration avec le niveau fédéral en Suisse et national en France pour résoudre ces problèmes. Il s'agit d'un défi qui durera de longues années.



La situation au sud des Alpes

Prof. Remigio Ratti, ancien conseiller national tessinois

Prise de position présentée le 11 septembre 2010 à l'occasion de l'Assemblée générale annuelle de la Société Suisse pour les questions parlementaire

J'ai structuré mes réponses sur la base des questions du professeur Kübler. Tout premièrement: quelle est la situation au sud des Alpes? Est-ce qu'il y a véritablement un espace métropolitain au sud des Alpes? Alors j'imagine que vous tous, surtout les Suisses allemands, aimez aller au Tessin, aimez aller au Tessin pour découvrir les montagnes, les promenades, les balades, peut-être le lac, mais que vous n'avez pas tellement envie de retrouver une métropole et un espace métropolitain. Si vous regardez la situation de plus loin, vous voyez que le Tessin se trouve dans un triangle. A l'intérieur se trouve la métropole milanaise et c'est plus qu'une métropole, c'est une «megalopoli padana». C'est-à-dire, depuis Turin, Milan jusqu'à Venise en passant en plus par l'axe de Bologne, c'est vraiment une «mégapolis». On compte 22 millions d'habitants dans cette «mégapolis». Donc vous voyez quelle est la problématique actuelle lorsqu'on raisonne sur un thème de région fonctionnelle. Nous, on est à l'intérieur de cet espace, mais avec des particularités qu'on verra par la suite. Alors, si on regarde quand même la situation en Suisse on voit qu'à côté des véritables métropoles de Zurich, Berne, Lausanne, Genève et Bâle, il y a cette cinquième métropole, celle de Lugano et les parties qui débordent de la frontière, rien que pour le mouvement transfrontalier. Au sud des Alpes – Tessin plus Misox – on a 350 000 habitants. Mais on est au milieu de deux espaces métropolitains, donc l'espace Zurich et le nord-est et puis on trouve le triangle tessinois et un autre triangle, qui ne touche pas Milano, et dans cette même surface vous avez six millions d'habitants. Si vous voyez cette figure, vous pourrez mieux comprendre même le Tessin politique. Alors quand il y a des votes populaires qui sont négatifs sur l'Europe et sur de mêmes choses, c'est le triangle tessinois, au fond, qui n'a pas résolu son problème de l'espace métropolitain et qui a peur du voisin du sud. Donc il y a un régionalisme que j'appelle régressif et ça explique bien des choses.

En parlant de la «megalopoli padana», c'est quand même un espace trop étendu. Mais si on prend seulement un cercle de 25 kilomètres autour de la frontière, de Lugano, de Chiasso, on trouve 1,5 million d'habitants, 330 000 du côté tessinois. Cela est la réalité, donc 45 000 travailleurs frontaliers: un travailleur sur quatre

au Tessin habite au-delà de la frontière, un travailleur sur deux dans l'industrie est un frontalier et dans les domaines du bâtiment, trois travailleurs sur quatre sont des frontaliers. Vous voyez l'intensité des échanges, mais aussi la complexité de la situation, parce que dans un cercle de 50 kilomètres – ce n'est pas beaucoup – on trouve 6 millions d'habitants. Vous voyez la problématique. A l'instar de Bâle et de Genève, qui sont des centres qui attirent, Lugano attire tous ces travailleurs transfrontaliers. Mais Varese, à 10 kilomètres de la frontière, a plus de 600 000 habitants et Como, à 3 kilomètres de Chiasso, a 400 000 habitants. Ce sont des centres importants. Et en plus il y a Milan à 50 kilomètres.

Alors, comment peut-on gouverner cette situation? La «Regio insubrica»: ingouvernable? Moi je suis un chercheur. Dans les années quatre-vingt on a fait beaucoup de recherches sur la problématique de la région frontière. Finalement, on a vu que les hommes politiques se débloquaient et la «Regio insubrica» a été créée en 1995. C'est une association pour la promotion de la collaboration transfrontalière. Il y a 2,2 millions d'habitants, parce qu'on y inclut aussi la région Novara-Cusio-Ossola – ce sont des provinces italiennes –, Varese, Como, Lecco et Novara. Dans cette structure des différents espaces de la Suisse, l'espace au sud des Alpes est bien décrit, sauf qu'on est loin de cette gouvernance. Malheureusement, après 15 années d'existence de cette «Regio insubrica», au début de cette année le Conseil d'Etat a imaginé sortir de la «Regio insubrica», parce que la collaboration avec l'Italie et avec Rome, à cause des banques, à cause d'un certain ministre Tremonti, qui voulait faire entrer les capitaux, et à cause de la question fiscale. Voilà, il y a eu une tension assez forte au niveau de Rome. Mais on a aussi eu des tensions au niveau de la «Regio insubrica», parce que naturellement les électeurs ont changé et on a eu des changements dans le gouvernement. Et la «Lega» italienne, qui fait une politique territoriale très forte, a évoqué avec la «Lega» tessinoise la possibilité de mettre la main sur cette «Regio insubrica». Donc dans ce cas-là, c'était une position politique bien précise, liée à un parti, d'où une certaine peur du Conseil d'Etat et la menace de sortir; il y avait un groupe de travail qui doit décider. Moi je

peux m'exprimer librement parce que je ne suis plus en politique, je suis un chercheur: ce serait vraiment une grave erreur de sortir après 15 années parce qu'il y a des problèmes conjoncturels et contingents. La réaction du Conseil d'Etat était une réaction de l'exécutif. Mais pour nous, c'est plus important de traiter avec Milan que de traiter avec Como et Varese, donc on va directement dans la métropole. Mais c'était vraiment un raisonnement typique d'un exécutif. En plus on veut nommer une personne qui est en contact très étroit avec Milan pour avoir plus d'influence. La chambre de commerce a déjà nommé une personne pour mieux être représentée à Milan.

Troisièmement: que fait le parlement? Là on a vu des difficultés partout. C'est clair que les difficultés sont encore plus grandes. Moi j'aime cette approche, je suis économiste du territoire. Dans ce livre, qui est écrit par un canadien, on peut lire: «Le territoire est avant tout un construit d'acteurs ...» Donc ce qui est important, ce n'est pas tellement l'institution et les échelles, mais le mode d'organisation par lequel ces acteurs s'organisent et en définitif le projet qu'on a dans la tête. C'est plus important que l'institution. Alors la troisième thèse de monsieur Kübler pour moi veut dire: tout d'abord, on doit avoir dans la tête des cartes mentales appropriées. Avec ces cartes, on peut voir en arrière et en avant et il faut vraiment lutter pour ça. Si le Tessin réagit de façon régressive, ça veut dire que la carte mentale qui est dans la tête, c'est regarder en arrière au lieu de regarder en avant.

La situation: le Tessin est entre Zurich et Milan. Il pourrait avoir demain une collaboration avec deux métropoles. On ne veut pas cela, ce serait l'exclusion. L'autre scénario est de se mettre avec la métropole lombarde en restant en Suisse. Ce qu'on voit actuellement est: Lugano commence à dominer toute la réalité du sud des Alpes et le maire de Lugano a réalisé cette fusion des communes. Lugano a effectivement un grand poids. Mais du point de vue du politique, clairement, il faut organiser cet espace de métropole en gardant à l'esprit qu'il faut soigner les équilibres et les cohésions. Ce travail a été fait au fond par le Grand Conseil, qui a approuvé un «Richtplan». Mais, probablement, il l'a approuvé, mais il n'a pas tiré les conséquences: cela n'arrive pas



et ils ne discutent plus. Ils ont élaboré le plan, mais après il n'y a pas tellement de discussion. C'est plutôt une discussion à laisser aux collaborateurs de l'administration et aux groupes de travail. Donc là, il faut absolument ce discours. Bien sûr, on est en difficulté parce que Milan est extrêmement plus fort. Il y a l'anecdote du Conseil d'Etat, qui avait voulu parler avec le maire de Milan, Mme Moratti. On ne sait pas si c'est un «Witz» ou pas. Mme Moratti a demandé: quelle langue parle-t-on? Et elle a commencé en anglais. Ça veut dire qu'il y a beaucoup à faire d'un côté et de l'autre. Et donc la stratégie est d'être nettement plus créatifs et plus forts en tant que Tessinois; c'est notre problème. Mais là, il faut que Berne et peut-être les autres métropoles nous comprennent mieux afin de pouvoir organiser cette gouvernance. Autrement, on aura de plus en plus de problèmes. Et pour moi les dix prochaines années il y aura l'ouverture de l'«Alp Transit», ce sera un véritable bouleversement en 2017 – 2018 avec le Monte Ceneri. Ce sont des années cruciales, qu'il faut absolument exploiter pour rendre un Tessin-sud des Alpes beaucoup plus fort et pour organiser cette gouvernance afin que non seulement le Tessin puisse en profiter, mais c'est un problème de la Suisse. L'Italie est le deuxième partenaire commercial de la Suisse et nos relations avec l'Italie sont actuellement au plus bas niveau. Donc par cette métropolisation passe une bonne partie de problèmes qui ne sont pas seulement des problèmes régionaux, mais des problèmes de la Suisse tout entière.



Erfahrungen aus dem trinationalen Eurodistrikt Basel

Heinrich Ueberwasser, Grossrat Basel-Stadt

Stellungnahme präsentiert am 11. September 2010 an der Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen

Man hat mir vom Vorstand den Auftrag gegeben, mich zu diesen drei Thesen zu äussern. Ich will dies als Präsident des Distriktrats des trinationalen Eurodistrikts Basel machen. Ich bin auch Präsident der Regiokommission des Grossen Rats. Wir wollten uns einmal kurzzeitig zur Kommission für Aussenbeziehungen umtaufen lassen, was dann auf vehementen Widerstand gestossen ist. Also spreche ich nicht von den Aussenbeziehungen, sondern von unserem regionalen Bezug zu diesen verschiedenen Metropolitanräumen.

Zu den drei Thesen von Prof. Kübler

Ich habe mir erlaubt, zu den drei Thesen von Herrn Kübler drei diplomatische Gegenthesen zu formulieren, zwei undiplomatische Zusatzbemerkungen zu machen und drittens eine kleine wahre Geschichte aus dem Distriktrat des trinationalen Eurodistrikts zu erzählen, eine Geschichte, die teilweise hübsch und teilweise hübsch-hässlich ist.

Zur ersten These: Meine Erfahrung ist, dass wir in der Frage der Gestaltung von Metropolitan- und Agglomerationsräumen und -organisationen ziemlich ähnliche Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken finden wie bei den Zweckverbänden auf Gemeindeebene: Wir haben ein Anliegen, wir suchen Verbündete, wir finden Lösungen und so ganz allmählich sind diese Zweckverbände dann immer weiter weg von ihren Gemeinden, vielleicht nicht in der technischen Lösung – das mag alles sehr viel Sinn machen –, aber in der Frage der Rückbindung an Gemeindeparlamente, an Gemeindeversammlungen und auch an Gemeinderatskollegen.

Zur zweiten These: Ich bin der Meinung, dass politische Steuerung oder Staatsleitung, wie ich auch gerne sage, ein legislativ-parlamentarisches und ein exekutives Element braucht, also Gewaltenteilung. Diese beiden Elemente sollen zueinander in einem konkurrierenden und in einem kooperierenden Zusammenhang stehen. Früher hat man dafür einmal den schönen Begriff «der Staatsleitung zur gesamten Hand» geprägt. Aber Sie wissen ja wie Erbgemeinschaften sind: Diese sind auch «zur gesamten Hand» und das kann dann

viel unschöne Anwaltsarbeit nach sich ziehen.

Zur dritten These: Bei den Metropolitan- und Agglomerationsorganisationen sind wir nicht in einer postparlamentarischen, sondern in einer präparlamentarischen Phase. Wir warten noch auf unseren Montesquieu. Das war der diplomatische Teil.

Erfahrungen aus dem trinationalen Eurodistrikt Basel

Jetzt kommen die undiplomatischen Zusatzbemerkungen:

Zum ersten Punkt: Stecken Sie nicht zu viel Energie in Kantons- und Gemeindefusionen. Konzentrieren Sie sich durchaus lieber auf Metropolitan- und Agglomerationsorganisationen. Dazu eine etwas pessimistische Prognose: Ich behaupte und schliesse auch Wetten ab, dass Nord- und Südkorea vereinigt sein werden, lange bevor die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft vereinigt sind. Ich bitte Sie, das nicht als abschätzige Bemerkung gegenüber Korea zu verstehen, natürlich auch nicht gegenüber Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Wir lieben unseren Halbschwester-Kanton.

Zur zweiten undiplomatischen Bemerkung: Stichwort Einstimmigkeit: Wenn man formelle Einstimmigkeit verlangt, dann kann man nicht wirklich innovativ sein. Ich bin der Meinung, dass Debatte und Mehrheitsentscheide wertvoller sind als die Einstimmigen, die nicht wehtun. Bei der Mehrheitssuche, die in der Tat aufwendig sein kann, geht es darum, einen Kompromiss zu finden, wenigstens von einer Mehrheit, der dann aber immer noch so viel Zähne hat, dass es einige Personen gibt, die durchaus anderer Meinung sind. Dazu sage ich dann auch gerne: Demokratie haben wir deshalb, weil es verschiedene machbare und vertretbare Lösungen gibt. Es darf nie ein Prozedere sein, um die Wahrheit zu finden, sondern wir suchen die beste Lösung, wobei jede Vor- und Nachteile hat.

Nun zu dieser kleinen wahren Geschichte, mit einem erfreulichen und einem etwas schwierigen Teil. Ich möchte vorausschicken: Man sagt in Basel gerne, es gebe verschiedene Organisationen – das ist richtig –, es gebe zu viele Organisationen – das ist wahrscheinlich auch richtig. Aber unsere Chance und unser Problem ist,

dass wir in verschiedenen Räumen sind. Wahrscheinlich wäre die Schaffung der Greater Aarau Area die Lösung für all diese Geschichten. Ich bin froh, dass Sie, Herr Regierungsrat Notter, diesen Gedanken als Erster freundlich aufgenommen haben. Wir sind in einem Metropolitanraum Ober- und Rheinhessen, der bis nach Rheinland-Pfalz geht. Wir gehören zur sich entwickelnden Metropolitankonferenz Basel, die vielleicht grenzüberschreitend sein wird. Von Riehen ist man zudem auch in einer guten Stunde in Zürich: Irgendwie gehören wir auch da dazu, wobei «banlieue» ein Begriff ist, der durchaus noch aufwertbar ist. Der Eurodistrikt ist eigentlich die nähere Umgebung der Stadt Basel – die kommunale Ebene, wenn Sie so wollen. Diese leistet sich – positiv gemeint – ein Parlament, einen Echoraum mit Sparring-Angebot. In der Tat wollen wir gerne Agenda-Setting machen, Prioritäten festlegen. Dieses Ergebnis der wissenschaftlichen Arbeit nehme ich gerne mit für unseren Distriktrat. Wir wollen das auch. Wir sind beratendes Gremium, aber wir haben gemäss unseren Statuten ein Recht darauf, gehört zu werden. Dieser Vorstand des Eurodistrikts ist nicht zu verwechseln mit dem Präsidium des Distriktrats. Diese Exekutiveebene besteht aus einem Vereinsvorstand – das ist ein französischer Verein – und aus einem Dreiergremium bestehend aus unserem Regierungspräsidenten, Herrn Dr. Morin, aus dem Landrat des Landkreises Lörrach, Herrn Schneider, und aus dem Député-Maire von Saint-Louis, Herrn Ueberschlag. Wir haben in der Tat jetzt zu diesem Agenda-Setting gefunden. Wir haben auf französische Anregung Debatten eingeführt, und zwar auch zu aktuellen Themen, und produzieren nicht nur Papier. Bei zwei Themen haben wir aber Papier produziert, Debatte geführt und Kommissionen, die wir in diesem Distriktrat auch haben, einbezogen.

Wir haben auf der einen Seite – bitte liebe Aargauer, erschrecken Sie nicht – mehrheitlich nein gesagt zu einem Atomendlager, einem sogenannten Tiefenlager in Agglomerationsnähe. Bekannterweise wird diejenige Region, die nicht nein sagt, dankbar beim Bundesamt für Energie vermerkt für beschleunigtes Bohren. Das Spannende war, wie wir, die atomkritischen Teile des Distriktrats, versucht haben, die Franzosen – das ist ein Atom-



land – ins Boot zu bekommen. Typisch schweizerisch haben wir probiert, eine Lösung zu formulieren, bei welcher der französische Teil am Verfahren teilnimmt, an runden Tischen Expertisen einsehen darf, Vernehmlassungen schreiben darf und solche Dinge. Interessant war, dass die Franzosen gesagt haben: Bitte, wir wollen in kein Verfahren involviert werden. Übrigens nebenbei, wenn Personen, die Atomendlager bekämpfen müssen, einen Gratistipp haben wollen: Lassen Sie sich nicht in Verfahren einbeziehen. Diese haben nämlich immer eine kleine Nebenwirkung. Weiter haben die Franzosen gesagt: Aber ihr seid kritisch gegenüber dem Tiefenlager, Basel ist durch Lärm und Risikotransporte vorbelastet, also sagen wir aus Solidarität nein. Die Franzosen machten eine «déclamation» an den Vorstand der Exekutiveebene des Eurodistrikts: Wehrt euch gegen dieses Atomendlager in Agglomerationsnähe.

Zum zweiten Thema, dem Flughafen: Auch der Flughafen Basel hat ein Lärmproblem; er hat aber noch keinen Bahnanschluss. In Basel wird es so sein, dass die Gegner des Fluglärms sagen werden: Wir machen keinen Bahnanschluss, weil das mehr Verkehr gibt und mehr Verkehr mehr Lärm verursacht. Ich bin der Meinung, das bietet eine Chance, einen Bahnanschluss zu machen, und mit dieser Finanzierung, bei der wir als Kantone mitreden können, können wir Bedingungen für ein Lärmkorsett zeitlicher Art festlegen: Bahnanschluss ja, wenn die Nachtruhe verlängert wird. Dazu haben wir eine «groupe aéroport» startklar gemacht, das heisst, dass der Flughafen, die Exekutiveebene, aber auch Vertreter des Parlaments in einer «groupe aéroport» diese Möglichkeit diskutieren und operabel machen. Das haben wir dann als Motionen zuhanden des Vorstands verabschiedet. Der Vorstand wird dieses Jahr aber leider vom genannten französischen Mitglied präsiert und dieser hat die Motionen schubladisiert. Wir als Parlament machen Agenda-Setting, der Vorstand des Eurodistrikts schubladisiert es und das Schweizer Mitglied, das im nächsten Jahr das Präsidium übernimmt, sagt: Ich werde dann etwas unternehmen. Dummerweise hängt der Entscheid aber vom Einstimmigkeitsprinzip im Vorstand ab, ob im positiven Sinne reagiert wird. Mit anderen Worten: Wir haben eine tolle Idee, die brachliegt.

Dazu kommt noch der Einfluss der Medien. Die Kritik, die wir schon mehrfach an der Exekutiveebene geäussert haben, war öffentlich. Nun hat mich ein Journalist angerufen. Zuerst habe ich ihm erklärt, was der Eurodistrikt und der Distriktsrat sei, dann weiter, was der Landrat für eine Rolle hat und was der Begriff «Député-

Maire» bedeutet. Am Schluss des halbstündigen Telefongesprächs wollte der Journalist ein Statement haben, ein «quote», was meine Botschaft an den Grünen Regierungspräsidenten des Kantons Basel-Stadt und nächsten Präsidenten des Eurodistrikts sei. Dann habe ich – ich bin bei der SVP – gesagt: Ich freue mich auf die Zusammenarbeit! Das ist auch so, weil interessanterweise im trinationalen Bereich die Parteipolitik keine Rolle spielt. Der Journalist hat darauf gesagt: Ja, wenn Sie Herrn Dr. Morin nicht angreifen, dann gibt das keine Geschichte. Es gab keine Geschichte, weil ich mich als SVP-Präsident geweigert habe, auf Anordnung der Medien Herrn Dr. Morin anzugreifen. Wenn ich ihn angreife, dann tue ich es aus Freundschaft und wenn ich es will, und nicht, wenn die Medien das wollen. Das führte dazu, dass Sie von dieser Geschichte in den Schweizer Medien nichts gelesen haben. In anderen Zeitungen, zum Beispiel der Badischen Zeitung, wurde darüber geschrieben. Abschliessend gesagt sind diese grenzüberschreitenden Räume dann «sexy», wenn Sie jemanden angreifen, wenn es auf Schweizer Seite Streit gibt oder ein Konflikt ausbricht, zum Beispiel, wenn Basler Zürcher blöd finden und wenn Basler Fussballfans in Zürich verhaftet werden. Solche Geschichten werden gerne kultiviert und führen uns auf eine völlig andere Ebene als diejenige, die wir eigentlich wären: eine wunderbare Plattform voller Chancen! Wir sind im trinationalen Bereich wie auf der Rückseite des Mondes: Es gibt ganz viel zu tun, ganz viele Chancen, denn es gibt kaum eine durchgehende Buslinie. Wir stehen am Anfang und der Schlüssel für eine wunderbare Zukunft ist die aktive Teilnahme des Parlaments, zu der ich Sie in Ihren Bereichen herzlich ermuntern möchte.



Metropolitanregionen – eine neue parlamentarische Herausforderung

Régions métropolitaines: un nouveau défi pour les parlements

Diskussionsbeiträge anlässlich der Jahresversammlung 2010 der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen
Contributions de discussion à l'occasion de l'Assemblée annuelle 2010 de la Société Suisse pour les questions parlementaires

Claude Janiak, Präsident SGP: Herr Kübler, Sie haben nun Stellungnahmen zu Ihren Thesen bekommen. Deshalb erteile ich nun zuerst Ihnen das Wort.

Prof. Daniel Kübler, Zürich: Vielen Dank für die vertiefte Auseinandersetzung mit diesen Thesen. Sie haben offensichtlich den Zweck erfüllt, Sie zur Diskussion zu animieren. Sie können sich sicher auch vorstellen, dass die dritte These natürlich in erster Linie als Provokation gedacht war. Sie ist offenbar in diesem Sinne angekommen. Das finde ich gut.

Ich stelle fest, dass es grundsätzlich keine Meinungsverschiedenheiten gibt bezüglich der Bedeutung dieser Ballungsräume. Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, ob sie noch zunehmen werden oder ob sie den Zenit bereits erreicht haben. Wir haben das von Genf gehört. Ich kann mich dem durchaus auch anschliessen. Ob sie noch zunehmen oder nicht, hängt auch davon ab, ob das Bundesamt für Statistik eine neue Definition findet. Sicher werden diese Agglomerationsräume aber weiterhin eine starke Bedeutung haben. Interessant fand ich auch die Ausführungen von Herrn Mettan zur Frage der Exekutivlastigkeit dieser Gremien. Es stimmt, ich habe zu wenig differenziert zwischen Exekutive und Verwaltung. Es ist tatsächlich so, dass diese Gremien in erster Linie von den Verwaltungsabteilungen vorwärtsgetrieben werden: Sie machen die Agenden und stellen die Hintergrundinformationen zusammen, die nötig sind, um Entscheidungen zu treffen. Der technokratische Aspekt dieser Zusammenschlüsse ist ein wichtiges Problem. Dass eine parlamentarische Rolle nicht funktionieren kann, wenn die Exekutive nicht das politische Leadership über diese Themen hat, ist auch klar.

Zur dritten These nehme ich zur Kenntnis, dass es offenbar mehr interparlamentarische Initiativen gibt, als ich in meiner unsystematischen, anekdotischen Beobachtung den Eindruck hatte. Ich kann Ihnen versprechen, dass ich im Zentrum für Demokratie in Aarau sicher Lizentiats- oder Doktoratsarbeiten zu diesem Thema anregen möchte, denn es scheint mir doch

eine wichtige institutionelle Innovation zu sein, die wir hier offenbar in unsystematischer Art und Weise erleben und die vermutlich den Parlamentarismus in der Schweiz in den nächsten Jahrzehnten prägen und verändern werden.

Wir können uns darüber streiten, ob wir in einer postparlamentarischen oder in einer präparlamentarischen Phase sind. Ich denke, auch wenn wir wie ich davon ausgehen, dass jetzt in diesen Gremien die postparlamentarische Zeit angefangen hat, werden die Parlamente in diesen Ballungsräumen vermehrt in der Funktion der öffentlichen Arenen wichtig sein. Ich nehme übrigens nicht nur aufgrund der institutionellen Veränderung der Ballungsräume an, dass die postparlamentarische Zeit angebrochen ist, sondern auch aufgrund der Transformation des Mediensystems, wie wir gerade gehört haben. Storys, bei denen sich die Leute in der Öffentlichkeit angreifen und Geschichten personalisiert rübergebracht werden können, sichern die Verkaufszahlen und nicht die fundierte Auseinandersetzung über institutionelle Fragen und komplexe Entscheidungen. Dass daraus für diese Ballungsräume eine parlamentarische Rolle im klassischen Sinne entstehen kann, ist natürlich nicht ausgeschlossen. Uns wurde aber auch sehr gut die spezifische Problematik der grenzüberschreitenden Agglomerationen aufgezeigt. Wenn Sie diese Geschichte mit den interparlamentarischen Kommissionen im Grossraum Zürich noch hinkriegen, ist dies, wie wir gesehen haben, über die Landesgrenzen hinweg deutlich schwieriger. Das sind aber die wichtigen Herausforderungen, denn drei von vier der grossen Metropolitanräume der Schweiz sind tatsächlich grenzüberschreitend. Das heisst, die Probleme, die sich dort stellen, entsprechen dem generellen Zustand. Die «force option» muss in diesem Sinne auch die transfrontaliere parlamentarische Zusammenarbeit sein.

Markus Notter, Zürich: Zur dritten These: Ich bin nicht sicher, ob man hier wirklich von einer Neudefinition sprechen kann. Was ist die Rolle des Parlamentes? Wer die Rolle des Parlamentes so versteht, dass

das Parlament nur dann wichtig ist, wenn es einen Entscheid fällt, wird der Rolle des Parlamentes nicht gerecht. Ich würde – jedenfalls für den Kantonsrat Zürich – behaupten: Zwei Drittel der Zeit, die dieses Parlament aufwendet, wendet es nicht auf, um Entscheide zu provozieren, sondern um Themen zu lancieren, Diskussionen zu führen und Agenda-Setting zu machen. Die allermeisten Vorstösse, die eingereicht werden, werden nicht eingereicht, damit alles gleich wortwörtlich umgesetzt wird. Aber man will das Thema lancieren. Es ist eine Grundaufgabe des Parlamentes, Öffentlichkeit herzustellen, Themen zu bestimmen und Diskussionen zu führen. Die guten Entscheide, die vom Parlament gefällt werden, sind lange vorbereitet worden, von der Verwaltung und von der Regierung. Am Schluss des Prozesses berät dann noch das Parlament. Ich sage es nun ein wenig salopp: Dort, wo das Parlament mittels parlamentarische Initiative mit der heissen Nadel Entscheide produziert, sind diese meist auch nicht wirklich gut. Ich würde diese Rolle des Parlamentes nicht abwerten. Sie wird zwar in diesen Konstruktionen noch verstärkt, aber es ist eine ertümlische Urfunktion des Parlamentes, die hier in These drei beschrieben ist. Deshalb würde ich dem abwertenden Unterton, der die These drei hat, widersprechen. Die politische Artikulation ist vielleicht eine Rückbesinnung des Parlamentes auf eine seiner ureigensten Funktionen – neben Entscheiden und Kontrolle.

Claude Janiak, Präsident SGP: Ich schlage vor, dass wir nun das Plenum in die Diskussion einbeziehen.

Paul Meier, ehemaliger Kantonsratspräsident des Kantonsrats St. Gallen: Ich bin sehr froh, dass diese Diskussion heute stattfindet. Ich habe das vor einem Jahr schon angeregt. In Anbetracht der Entwicklung habe ich eine provokative Feststellung: Unser Land entwickelt sich zu einer Diktatur der Exekutive. Herr Notter, Sie sagten, der Kanton St. Gallen sei Mitglied. Wer sagt das? Das ist nicht einmal im Parlament behandelt worden! Niemand im Kanton St. Gallen weiss, was



da abgeht. Was hat denn das Parlament noch zu sagen, wenn die Regierung ganz bewusst jegliche Informationen an das Parlament hintertreibt? Das ist das Problem, welches wir heute haben. Überall, in den Gemeinden und in den Zweckverbänden, wird abgeblockt, damit keine Diskussion stattfindet, um, wie Herr Professor Kübler gesagt hat, die Schwerfälligkeit der Diskussionen auszuschalten. Meine Damen und Herren, das geht doch an die Wurzel unserer Demokratie! Wo sind wir denn? Sind wir eine Bananenrepublik? Das sind heute die entscheidenden Fragen. Die Gemeinden werden laufend zerstört. Sie werden mit finanziellen Mitteln geködert, damit man sie auflösen oder grösser machen kann, damit – wie man so schön sagt – eine effiziente Betreuung möglich sei. Jetzt sind Gegenmassnahmen gefordert. Diese Gegenmassnahmen müssen in erster Linie von den Kantonsparlamenten kommen. Der Respekt der Regierung gegenüber den Parlamenten muss wiederhergestellt werden.

Kurt Nuspliger, Staatsschreiber des Kantons Bern: Ich möchte zwei Bemerkungen machen. Erstens zur Frage: Sind wir in einer postparlamentarischen Demokratie? Meine Auffassung ist ganz klar: nein. Die Parlamente haben eine sehr grosse Chance bezüglich Einflussnahmen auf die Aussenbeziehungen und auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Sie haben eine sehr grosse Chance, wenn sie ihre Stärke ausspielen. Die Stärken liegen nicht in der Einflussnahme auf die Detailkontrolle und auf Details einzelner Vertragsverhandlungen, sondern darin, die grossen Linien mitzuprägen. Ich denke jetzt beispielsweise an den Kanton Zürich, wo eine Revision des Parlamentsrechts in Gang ist, bei der man das Parlament bei den Aussenbeziehungen stärken will, beispielsweise durch Grundsatzklärungen, -debatten und Stossrichtungen am Anfang der Legislatur. Das wird politisch verpflichtende Wirkungen auf die Regierungen haben und ich glaube auch auf die Einflussnahme der Parlamente auf diese Metropolitanräume. Zweitens zur wichtigsten Folie, die heute Morgen hier gezeigt wurde: Ich nehme an, Sie haben bemerkt, welches die wichtigste Folie war heute Morgen. Es war die dritte oder vierte Folie des Referats von Professor Remigio Ratti. Dort waren die Metropolitanräume der Schweiz abgebildet: Zürich, der trinationale Raum Basel, Genf, Tessin und zudem noch ein roter Raum, über den heute Vormittag kaum jemand gesprochen hat – das ist die Region der Hauptstadt der Schweiz, der fünfte Raum. Wir sind uns einig, das ist nach der Definition kein Metropolitanraum. Es ist ein

Raum, aus dem eine starke Wertschöpfung für das System Schweiz produziert wird. Es ist ein Raum mit fünf Kantonen, fünfzehn Städten und zahlreichen Gemeinden, ein zweisprachiger Raum. Aus diesem Raum werden Steuerungsleistungen für das politische Kernsystem wahrgenommen. Da es ein zweisprachiger Raum ist, werden dort aber auch Leistungen für die Kohäsion der Schweiz produziert. Das Bundesamt für Raumentwicklung sagt, dass es kein Metropolitanraum ist, dass er aber gleich behandelt wird wie die Metropolitanräume, weil diesem Raum aus der gesamtschweizerischen Sicht eine grosse Bedeutung zukommt. Sie verzeihen mir sicher dieses kurze Plädoyer. Damit können wir wieder zu den anderen Themen übergehen.

Fabienne Frymond Cantone, Grand Conseil du Vaud: Je suis aussi présidente du Forum Interparlementaire Romand (FIR). Je vais m'exprimer plutôt en allemand, parce que tous les collègues romands ici connaissent très bien notre action.

Das Forum Interparlementaire Romand existiert seit vierzehn Jahren. Micheline Calmy-Rey hat dieses Forum Interparlementaire das erste Mal einberufen, als sie noch im Genfer Parlament war. Das Forum Interparlementaire Romand stellt dieselben Überlegungen an, wie wir es heute tun. Die Aufgaben sind immer komplexer und das Bedürfnis nach Zusammenarbeit verstärkt sich immer mehr und mehr. Die verschiedenen Konferenzen der kantonalen Direktoren entwickelten sich dadurch zu echten Ballungszentren der Macht. Wir, das Forum Interparlementaire, haben uns vorgenommen, das Ungleichgewicht der Mittel, über die die Regierungen und ihre Behörden verfügen, und denen der Parlamente zu kompensieren. Unsere Dynamik konzentriert sich auf den Austausch von Informationen und Analysen, die Suche nach geeigneten Lösungen ohne Vorurteile und die Entwicklung einer auf Westschweizer Ebene koordinierten Politik. Mitglieder des FIR sind Mitglieder aller 6 Westschweizer Parlamente aller Parteien. Wir haben etwas ganz Neues gemacht und hoffen wirklich, dass dies überall in der Schweiz nachgemacht wird. Wir haben den Vorschlag einer Konvention der Konventionen an die Kantone gemacht. Mit dieser Konvention der Konventionen haben wir einen gesetzlichen Rahmen für die Bildung interkantonalen Kommissionen geschaffen. Diese sind beispielsweise für die Fachhochschulen zuständig – das wurde von Herrn Mettan gesagt. Übrigens haben die Westschweizer Parlamente begonnen, über ein verbessertes Projekt dieser Konvention der Konventionen abzustimmen, die sogenannte Vereinbarung

über die Mitwirkung der Parlamente. Um es kurz zu fassen: Wir haben jetzt sechs Ebenen von Macht. Die sechs Ebenen sind kommunale, interkommunale, kantonale, interkantonale, eidgenössische und jetzt neu die Grossraum-Ebene. Das Forum Interparlementaire Romand schlägt daher vor, unsere Institutionen neu zu überdenken. Wir haben schon einige Wege vorgeschlagen und denken immer wieder über neue nach. Nächste Woche zum Beispiel sind wir in Freiburg. Wir haben ein Seminar ähnlich wie dieses. Auch Herr Kübler und Herr Mettan werden wieder dort sein, auch Herr Morin. Wir werden alle zusammen darüber diskutieren, was wir für die Demokratie, unsere Parlamente usw. machen können. Sie werden alle die Einladung für diese Veranstaltung bekommen. Ich möchte mich dafür bedanken, was hier heute gemacht wurde. Hoffentlich gibt es noch mehr Gelegenheiten, um sich auszutauschen, denn es gibt noch viel zu sagen, zu überlegen und zu machen.

Thomas Kaiser, Redaktor der Wochenzeitung Zeit-Fragen, Zürich: Was mir bei Ihren Ausführungen, Herr Regierungsrat Notter, gefehlt hat, ist, dass die Idee oder das Konzept der Metropolitanräume ein EU-Konzept ist und dass es im EU-Raum 16 Metropolitanräume gibt und dass der Kanton Zürich darin als Metropolitanraum ebenfalls eine Funktion hat. Die Idee der Beurteilung gewisser Agglomerationen als Metropolitanräume ist letztendlich ein EU-Konzept.

Die Frage, die Herr Meier aufgeworfen hat, finde ich sehr zentral, nämlich die Frage nach der Gewaltenteilung. Wo ist und bleibt die Gewaltenteilung, wenn Exekutivmitglieder einen Verein gründen, der nachher in das politische Geschehen eingreifen soll? Eine letzte Frage geht an Herrn Professor Kübler: Sie haben eben das Zeitalter der postparlamentarischen Demokratie zum Thema gemacht. Meine Frage hierzu ist: Wo sehen Sie denn die Rolle des Volkes? Wie soll diese demokratische Organisation in Zukunft aussehen?

Claude Janiak, Präsident SGP: Ich schlage vor, dass wir jetzt den Angesprochenen die Gelegenheit geben zu antworten.

Guy Mettan, Genève: Je veux juste répondre à cette question. Effectivement je ne connais pas la situation zurichoise en détail. Mais nous admettons que Zurich est pris à un certain leadership, qui peut peut-être poser des problèmes dans les autres cantons. Ce que nous ressentons à Genève, c'est le contraire: l'anarchie est au fond une absence de leadership. Donc est-ce qu'il vaut mieux que l'exécutif prenne le



leadership dans la construction régionale, comme cela semble être le cas à Zurich, ou est-ce qu'il vaut mieux, comme à Genève, avoir une certaine anarchie et on ne sait pas qui pilote, qui prend l'initiative de créer l'agglomération? Personnellement, je serais plutôt d'accord avec le modèle zurichois, parce que cela nous permet, à nous parlementaires, de réagir, d'exercer notre fonction de contrôle et d'agenda-setting» quand on sait qu'il y a quelque chose qui se passe. Quand tout est diffus, que rien n'existe, comment voulez-vous que l'on se saisisse des problèmes?

Ensuite, je crois qu'il faut distinguer – et cela concerne aussi certainement la région bâloise et le Tessin – la question transfrontalière de la question de l'Union européenne. Evidemment, on collabore avec les pays qui sont membres de l'Union européenne. Mais à mon avis, il s'agit de deux problèmes différents. Effectivement, nous avons des partis politiques qui ont peur de collaborer avec la France ou l'Italie, etc., parce qu'ils disent tout de suite: «C'est l'Union européenne.» Personnellement, je distingue les choses. Ce que nous voulons en tout cas au niveau genevois, ce n'est pas l'adhésion à l'Union européenne, mais résoudre les problèmes très concrets de transports, de logements, de toutes sortes de choses – avec nos voisins, qui se trouvent être des Français dans l'Union européenne. Mais on n'a pas d'agenda politique caché pour entrer dans l'Union européenne par ce moyen. C'est quelque chose qui doit être clairement dit. C'est vrai que les adversaires de cette coopération transfrontalière nous disent: «Ah, c'est l'Europe, c'est l'Europe!» Non, nous voulons résoudre d'abord des problèmes locaux et régionaux concrets. L'Europe est une autre question, qui se règle par d'autres institutions au niveau fédéral, mais pas au niveau local.

Ensuite, troisième réponse: post- ou pré-parlementaire? Effectivement, je crois que nous sommes dans une phase pré-parlementaire, parce qu'effectivement, tout est à faire dans ce domaine. Donc c'est à nous de prendre aussi les initiatives pour créer ces instruments parlementaires ou pré-parlementaires de coopération. Nous avons deux problèmes: 1. la compétence: si on crée une commission ou un conseil transfrontalier, comme on veut faire à Genève, ou un «Metropolitanrat», etc., il y a la compétence classique des parlements: l'agenda-setting», le contrôle démocratique et la circulation de l'information du bas vers le haut pour transmettre à l'exécutif ce qui revient, tout ce qui monte du fond du peuple, et en même temps la transmission de l'information du haut vers le bas, où justement quand l'exécutif prend l'initiative d'un projet pour l'expliquer aux

électrices et aux électeurs. Il y a un problème de définition des compétences. 2. la légitimité démocratique: nous sommes partis à Genève sur l'idée d'une commission transfrontalière d'élus, c'est-à-dire de personnalités qui sont au moins élues par le peuple et ne sont pas des experts technocratiques ou des professeurs d'université. Ce sont des personnes élues dans des cantons, dans des conseils régionaux, des départements ou dans des communes, au fond peu importe. Mais quand même elles ont une légitimité démocratique à la base. Ensuite peut-être qu'on pourra aller plus loin.

Urs Hofmann, Aarau: Zu Herrn Meier und dazu, wie weit im Kanton St. Gallen diktatorische Verhältnisse herrschen, kann ich mich im Detail nicht äussern. Meine Verwandten im St. Galler Oberland nehmen die Situation jedenfalls anders wahr als Sie. Offenbar wird die Situation nicht von allen Seiten gleich angesehen. Im Kanton Aargau habe ich jedenfalls diesen Vorwurf, wir würden hier mit verdeckten Karten spielen, würden nicht informieren, was abläuft, noch nie zur Kenntnis nehmen müssen. Darüber müssen Sie mit Ihrer Regierung sprechen. Das ist aber keine institutionelle Frage, welche die ganze Schweiz betrifft.

Ich bleibe dabei: Die Frage der Metropolitanregionen ist keine neue Fragestellung. Seit Jahrzehnten müssen die Kantonsregierungen in x anderen Fragen mit anderen Kantonen verhandeln. Wir haben heute x Fragen im Bereich der Raumplanung und des Agglomerationsverkehrs, die kantonsübergreifend diskutiert werden müssen. Es stellt sich einfach die Frage: Wie laufen diese Diskussionen ab? Laufen sie allein unter den Regierungen in Hinterzimmern irgendwo in Verhandlungen ab oder macht man sie transparent, indem man sie beispielsweise mit dieser Metropolitankonferenz öffentlich macht, bei der die Gemeinden eingebunden sind? In Basel wird diskutiert, auch zivilgesellschaftliche Institutionen, Vereinigungen, Handelskammer usw., einzubinden, wo öffentliche Plattformen bestehen und diese Diskussionen transparent werden. Es ist der Sinn dieser Organisationen, so wie sie sich jetzt entwickelt haben, dass gemeinsame Gespräche über gemeinsame Fragen eben nicht nur auf Regierungsebene unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Wie sich die Parlamente einbringen wollen, ist eine Standardfrage seit Jahren oder Jahrzehnten, zum Beispiel die Frage: Wie können die Parlamente bei der Vorbereitung von Konkordaten mitwirken, wenn die Kantonsregierungen Vernehmlassungen für Konkordate abgeben? Dafür haben wir im Kanton Aargau eine gesetzliche

Regelung, die wir sogar noch ausbauen wollen. Die Kantone und die zuständigen Kommissionen können sich einbringen. Da gibt es die mannigfachste Formen. Es gibt im Bildungsbereich eine interkantonale parlamentarische Ebene. Wir haben bei der Polizeischule in Hitzkirch eine spezielle Kommission von Parlamentsmitgliedern aus allen zwölf involvierten Kommissionen, die eine Geschäftsprüfungsaufgabe hat und die die kantonalen Regierungen überprüft. Das ist doch transparent. Sie in den Kantonen können die entsprechenden Instrumente und Mittel dafür schaffen.

Zu den Ängsten wegen diesen Metropolitanregionen: Da wird etwas, was eine praktische Bedeutung hat, aus mir nicht nachvollziehbaren Gründen, Herr Kaiser, ideologisch überhöht. Was in Zürich geschieht ist doch kein EU-Projekt, bei dem irgendwelche Ideen von Brüssel verwirklicht werden, sondern es geht um die Frage, wie 8 Kantone und ihre Gemeinden, die x gemeinsame Fragen haben, öffentlich und nicht verdeckt zusammenarbeiten sollen. Wenn das bei gewissen Leuten Ängste generiert, dann könnten wir ja den Begriff abschaffen, wir könnten dem anstelle von Metropolitanregion Grossregion Zürich mit den involvierten Kantonen sagen. Offenbar ist es schon anrühlich, wenn wir die Möglichkeit schaffen, in einem offenen Prozess wichtige transparente Fragen miteinander zu diskutieren. Über effektiv inhaltlich grosse Fragen wird da nicht entschieden. Bis jetzt haben wir über Positionierungen innerhalb einer Wertung diskutiert, zum Beispiel, welche Verkehrsfragen zuerst angegangen werden sollen. Bei diesen Herausforderungen müssen sich die Regionen zusammenraufen. Aber Geld hat diese Metropolitanregion sehr wenig zur Verfügung. Da werden nicht irgendwelche Entscheide der Kantone ausgehebelt oder diktatorisch von oben herab gefällt.

Ich habe den Eindruck, man versucht, etwas Praktisches umzudeuten – aus welchen Gründen auch immer. Faktisch sind es Agglomerationen, die gemeinsame Probleme haben; und diese sollen sie gemeinsam diskutieren und wenn möglich auch gemeinsam lösen. Das ist ein legitimes und auch ein typisch schweizerisches Interesse. Das hat mit der EU überhaupt nichts zu tun.

Prof. Remigio Ratti, Lugano: Mon objectif est véritablement de montrer la spécificité de ces aires métropolitaines, même vis-à-vis de Bâle et de Genève, parce que le point spécifique est de l'autre côté. A la question du rôle des parlements: on a déjà vu ce problème au Tessin il y a une trentaine d'années. Au Tessin, il existe la loi de 1980, qui est la loi de la «politische Pla-



nung», qui justement posait le problème de rapport entre l'exécutif et le parlement. Et il y a un instrument qui est original au Tessin, c'est celui avant le «Richtplan»: «rapporto degli indirizzi» (Leitlinienbericht), et il y a une procédure qui est pensée pour faire intervenir le Grand Conseil. Cette loi a été bien acceptée, je pense, à une époque, et aujourd'hui elle existe toujours mais n'est pas tellement appliquée. Donc il s'agit de revitaliser ce processus qui doit mettre le Grand Conseil sur une place plus forte, et de l'adapter à une nouvelle situation.

Heiner Ueberwasser, Basel: Ich habe mir vier Stichworte notiert. 1. EU: Ich bin ein Gegner eines EU-Beitritts, aber die Grundidee der EU, dass man aus Grenzen statt Orte des Konflikts Gelassenheit und Zusammenarbeit schafft, ist gut. So gesehen ist die Idee der grenzüberschreitenden Metropolitanräume eben auch eine gute Idee: dass man die Grenzen zwar lässt, aber gegenüber den Grenzen eine gewisse Gelassenheit entwickelt. 2. Volk: Die Chance und das Problem ist, dass die Regierungsmitglieder auf Kantonsebene direkt vom Volk legitimiert sind – schön wäre, wenn das auch auf Bundesebene so wäre. Das gibt ihnen Kraft, das lassen sie das Parlament auch brutal spüren, zuweilen nach dem Motto: Wir sind gewählt, wir sind erst noch gut gewählt, was wollt ihr eigentlich? Wir sind als Volksvertreter eben auch Vertreter des Volks. Trotzdem wünschte ich mir Volksentscheide auch im Metropolitanraum. Wir haben aber folgenden Gegensatz: Im Distriktsrats des trinationalen Eurodistrikts Basel ist eines der tollen Erlebnisse, dass wir nicht parteipolitisch auftreten, auch nicht speziell nach den Interessen der Länder. Wenn Entscheide über das Volk gehen müssen, wird das parteipolitische und spezielle Interessen vertretende Auftreten gestärkt zulasten der Chance einer Entwicklung vom Thema her. 3. Wichtig ist bei all diesen grenzüberschreitenden Gremien – auch für innerkantonale Grenzen –, dass wir lernen, die Dinge aus der Perspektive der andern zu sehen, zum Beispiel das Parkplatzregime im Kanton Basel-Stadt aus Elsässer Sicht usw., um dann – für das sind wir gewählt – in der Verantwortung der Körperschaft zu entscheiden, aus der wir kommen. 4. Parlament: Es ist in der Tat so, mit Vorstössen trifft man auf eine Mauer des beredten Schweigens. Einfach nur sagen zu können, ob man von der Antwort zum Beispiel teilweise befriedigt ist, das bringt nichts. Was toll ist und was wir verstärken sollten, wäre die Arbeit in den Kommissionen. Wir haben interessanterweise in verschiedenen Kommissionen eine verstärkte Begleitung bei der Ausar-

beitung des Staatsvertrags durch die Kantone. Das wissen viele Regierungen noch nicht, zum Beispiel unsere in Basel-Stadt. Dies steht aber in unserer schönen neuen Kantonsverfassung drin. Es wird uns zum Teil auch gar nicht mitgeteilt, dass solche Staatsverträge in Arbeit sind. Wir haben in Riehen, wo ich auch im Parlament bin, «New Public Management». Im Kanton Basel-Stadt haben wir das nicht. Wenn ich dort in der Regio- oder Bau- und Raumplanungskommission sage, wir sollten auch einmal etwas behandeln, was noch nicht von der Regierung als Vorlage vorliegt, dann schauen mich alle an, als käme ich von einem andern Stern. Aber ich glaube, wir sollten in diesen grossen Linien denken lernen und die Regierung sollte die Offenheit entwickeln, das in den Kommissionen mit uns zu besprechen. Dazu kommt mir der schöne Gedanke von der Intra-Organikontrolle, indem wir gewissermassen mit der Regierung zusammen in der Vertrautheit der Kommission gemeinsam im Gespräch sind, Lösungen evaluieren und gleichzeitig, ohne dass es die Regierung merkt, noch ein bisschen Gewaltenteilung-Kontrolle machen, auch umgekehrt natürlich. So gesehen bin ich eigentlich optimistisch.

Markus Notter, Zürich: Ich kann auch nicht für den Kanton St. Gallen sprechen. Aber das kantonale Recht bestimmt immer, welche Kompetenzen die Organe haben. Ob der Regierungsrat des Kantons St. Gallen für den Kanton St. Gallen die Mitgliedschaft bei diesem Verein erklären darf oder nicht, diese Frage beantwortet sich nach st.gallischem Recht. Darauf hat man als Parlamentarier auch Einfluss, wie das Recht ausgestaltet ist. Ich gehe davon aus, dass der Regierungsrat des Kantons St. Gallen die Mitgliedschaft im Metropolitanraum Zürich kompetenzkonform erklärt hat. Jedenfalls haben wir eine solche Erklärung. Deshalb wird der Kanton St. Gallen auch als Mitglied aufgeführt. Wie sind wir beim Metropolitanraum Zürich vorgegangen? Wir hatten vor der Gründung des Vereins im Sommer 2009 eine zweijährige Vorbereitungszeit mit vier Vorbereitungskonferenzen an verschiedenen Orten. Wir waren in Zug, in Schaffhausen, im Thurgau und auch in Rapperswil. Die Idee dieser Vorbereitungskonferenzen war auch, dass man dieses Konstrukt Metropolitanraum Zürich öffentlich macht, dass man auch in die Regionen hinausgeht: Wir hatten Kontakt mit der regionalen Presse, mit den Radiostationen, die vor Ort berichteten, um ein Interesse für dieses Thema zu wecken. Ich gebe zu, die Medien sind nicht wahnsinnig interessiert an diesen Dingen. Das ist zu wenig «sexy» – es wurde bereits darauf hingewiesen – und zu kompliziert

usw. Aber den Versuch haben wir gemacht, die Gründung transparent zu machen. Stichwort EU: Was wir hier diskutieren, die Agglomerations- und Metropolitanproblematik, ist eine Realität. Es ist eine Realität, wie sich die Räume entwickelt haben. Aber es ist keine schweizerische Besonderheit, sondern in ganz Europa gibt es Agglomerationsentwicklungen und es ist nicht zufällig, dass ähnliche Lösungen auch anderswo gefunden wurden. Richtig ist, dass man sich gegenseitig auch informiert. Der Zürcher Regierungsrat, wo anfangs auch skeptische Stimmen zu vernehmen waren, hat sich intensiv informieren lassen, was andernorts diesbezüglich gemacht wird. Mittlerweile werden wir von andern ebenfalls eingeladen, um aufzuzeigen, wie wir es gemacht haben. Das findet auch grenzüberschreitend statt. Zum Schluss: Ich bin nicht der Meinung, dass es in diesen akzentuierten Zusammenarbeitsformen keine Demokratieproblematik gibt. Da gibt es eine Demokratie- und eine Parlamentmitwirkungs-Problematik. Das ist eindeutig so, sonst würden wir hier nicht darüber sprechen. Es gibt aber auch Lösungsvorschläge – Herr Staatsschreiber Nuspliger hat darauf hingewiesen. Im Kanton Zürich gibt es im Moment ein Vernehmlassungsverfahren zu einer Regierungsvorlage, die die Mitwirkung des Parlaments im Bereich der Aussenbeziehungen stärken will. Ich bin gespannt, wie auf die eingegangenen Vorschläge reagiert wird. Das ist auch ein Beitrag, um diese Demokratie-Problematik zu entschärfen. Aber bei dieser Verteufelung der interkantonalen Zusammenarbeitsformen kann ich nicht mitmachen.

Prof. Daniel Kübler, Zürich: Ich möchte noch etwas zur Frage der politischen Artikulation als Rolle des Parlamentes sagen, die in der Diskussion aufgetaucht ist. Natürlich ist dies eine ursprüngliche Rolle des Parlamentes, die politischen Fragen zu artikulieren, auch wenn dadurch nicht direkt Gesetze geändert werden. Ergänzen möchte ich in diesem Zusammenhang: Dazu gehört auch Parteipolitik; es gehören auch parteipolitische Auseinandersetzungen in Parlamenten dazu. Wenn interkantonale und interkommunale Gremien die Parteipolitik reduzieren oder ausschalten, ist das nicht nur gut. Es darf klar nicht zu stark ideologisch werden, sodass eine vernünftige Diskussion nicht mehr möglich ist. Aber ich denke zu dieser Funktion der politischen Artikulation gehört auch die parteipolitische Auseinandersetzung. Nach wie vor steht zur Debatte, dass sich die Parlamente, die es auf verschiedenen Ebenen gibt, wenig mit metropolitanen Agglomerationsfragen auseinandersetzen, sondern sehr stark auf den territorialen



Perimeter fixiert sind, in dem ihre Gebietskörperschaft liegt. Also das Parlament der Stadt Zürich befasst sich manchmal sehr eng mit Problemen, die sich lediglich für die Stadt stellen und lässt eine überlokale Sichtweise etwas ausser acht. Das Gleiche dürfte sich in anderen Agglomerationen auch zeigen.

Zur Frage nach der Rolle des Volks in dieser Angelegenheit: Lustigerweise ist das in den Diskussionen über Reformen der Agglomerations-Gouvernanz nie ein Problem gewesen. Ich möchte als Beispiel den Prozess im Kanton Bern anführen. Da wurden Regionalkonferenzen geschaffen. In der Diskussion hat man sich immer die Frage gestellt: Was machen wir mit den Parlamenten in diesen Regionalkonferenzen? Dass die Gemeindepräsidenten dazugehören, war nie eine Frage. Es war auch nie eine Frage, was mit den Volksrechten passiert. Diese wurden nie angetastet; sie wurden sogar noch ausgebaut, weil die direkte Demokratie Entscheidungen über Sachfragen erlaubt, und zwar in angepassten territorialen Perimetern. Sie können zum Beispiel Gemeinden über ein Projekt abstimmen lassen, das nur diesen einzelnen Perimeter beinhaltet. Offensichtlich ist das bestehende Instrumentarium der Volksrechte genug flexibel, um auch im Rahmen von solchen intergouvernementalen Gremien angewendet zu werden. Trotzdem finde ich die Rolle des Parlamentes wichtig, denn ich bin der Überzeugung, dass in unserer halbdirekten Demokratie das Parlament eine wichtige Rolle hat, zur Delibration verschiedener Argumente, zur Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen, auch bevor sie vors Volk kommen, denn bei Referenden gegen Gesetzesvorlagen schauen in der Regel die Parlamente die Vorlagen an, bevor sie vors Volk kommen. Die Parlamente haben also eine wichtige Rolle, auch für den direkten demokratischen Entscheidungsprozess.



Das Land am Rand des Metropolitanraumes Überlegungen zum Konzept des Metropolitanraumes Zürich und zur Tagung der SGP über «Metropolitanregionen»

Ivo Müller, Mitglied des Kantonsrates Appenzell Ausserrhoden

An der Tagung anlässlich der Jahresversammlung der SGP in Aarau haben verschiedene Referenten über die Zusammenarbeit in Agglomerationen über Kantons- und Landesgrenzen hinweg gesprochen. Dabei ist klargeworden, wie intensiv heute schon die Zusammenarbeit auf Regierungs- und Verwaltungsebene, wie wenig entwickelt aber der Kontakt unter den Parlamenten und ihren Mitgliedern ist. Hier besteht Handlungsbedarf. Wichtig ist auch die Frage, ob Metropolitanräume die Zentren stärken und die Randgebiete weiter schwächen werden.

Der Metropolitanraum Zürich (MR)

Regierungsrat Markus Notter, Zürich, sprach in seinem Referat von einem «gemeinsamen funktionalen Lebensraum» über Kantonsgrenzen hinweg. Der Metropolitanraum (MR) biete die Möglichkeit, die manchmal fast als «gottgegeben» aufgefassten Kantonsgrenzen durchlässiger zu machen, und zwar sowohl «horizontal» und als auch «vertikal». Darin bestehe die Grundidee des MR Zürich, der als privatrechtlicher Verein mit gewichtetem Stimmrecht gegründet wurde. Vier Handlungsräume, nämlich Wirtschaft, Lebensraum, Verkehr und Gesellschaft sind als Schwerpunkte der Arbeit des Vereins MR Zürich ins Auge gefasst worden. Nach der Aussage von Regierungsrat Markus Notter steht im Moment das Thema Verkehr oben auf der Traktandenliste. Der Metropolitanraum definiert sich aufgrund der Pendlerströmen der Region, das heisst, dass aufgrund dieses Kriteriums gewisse Kantone und Gemeinden Vollmitglied im Verein, andere nur assoziierte Mitglieder ohne Stimmrecht werden können. So ist es der Stadt St. Gallen und den beiden Appenzell verwehrt, Mitglied mit Stimmrecht des Vereins zu werden. An der Tagung wurde deutlich, dass in den anderen vorgestellten Regionen und Agglomerationen die Zusammenarbeit anders konzipiert wird als im MR Zürich, nämlich nicht als Verein, sondern auf politischer und verwaltungsmässiger Ebene, zwischen gewählten Vertretern der verschiedenen Gemeinwesen.

Bedenken zum MR Zürich

Zwei Elemente des MR Zürich haben den Autor dieser Zeilen von Anfang an gewisse Bedenken nähren lassen, nämlich die Definition des MR und der dadurch bewirkte Ausschluss gewisser Gemeinwesen sowie die rechtliche Fassung als privatrechtlicher Verein.

Anders gesagt: Warum gründen 8 Kantone und 238 Gemeinden einen privatrechtlichen Verein, um «keinen wesentlichen Mehrwert» für alle Beteiligten zu erreichen und warum verwehren sie anderen Gemeinwesen, die potentiell auch zum funktionalen Lebensraum gehören, die volle Mitgliedschaft? Wird damit das Zentrum weiter gestärkt und der Rand, das Land am Rand, weiter geschwächt? Gerade wenn der Verkehr im Moment das Haupttraktandum des MR ist, müssen die Ostschweizer Kantone genau hinhören und aufpassen, dass sie verkehrspolitisch nicht weiter ins Abseits rutschen. Zweitens beschäftigt den Autor – und dies vielleicht noch mehr als der erste Punkt – der Umstand, dass Vertreterinnen und Vertreter von Kantonen und Gemeinden einen privatrechtlichen Verein gründen für Aufgaben, für die sie vom Volk gewählt wurden, d.h. für verfassungsmässig vorgesehene Staatsaufgaben. In den Kantonsparlamenten wird oft beklagt, dass interkantonale Vereinbarungen – auch auf Gesetzesstufe – von den Kantonsregierungen ausgearbeitet werden, zu denen die Räte nur noch Ja sagen können (das Nein kommt aus verschiedenen Gründen nur selten vor). Wie sieht es dann mit Beschlüssen aus, die die Kantone in einem privatrechtlichen Verein fällen? Wie sollen wir dieses Vorgehen staatsrechtlich beurteilen?

Anfrage an den Regierungsrat AR

Ich habe deshalb im Jahre 2009 eine Interpellation im Kantonsrat Appenzell Ausserrhoden eingereicht, mit der ich Antworten auf meine Fragen von der Regierung des Kantons erreichen wollte.¹

Die Regierung stellte in ihrer Antwort u. a. folgendes zur Definition des Raumes fest: *Appenzell Ausserrhoden könnte lediglich als assoziiertes Mitglied ohne Stimmrecht aufgenommen werden. Wir sind daran, die verschiedenen offenen Fragen zu prüfen. Wir sind zur Überzeugung gelangt, dass es hierfür eine vertiefte Prüfung braucht und ein sofortiger Beitritt nicht unbedingt notwendig ist. Selbstverständlich ist der Grossraum Zürich für uns sehr wichtig, und zwar sowohl wirtschaftlich als auch ausbildungsmässig für unsere Jugendlichen. Aber es ist zu prüfen, ob nicht ein Gegenpol «ländlicher Raum» gebildet werden müsste, so dass wir unsere Anliegen schweizweit besser einbringen könnten. Wir befürchten, dass seitens des Bundes ein grösserer Geldfluss in die Zentren stattfindet und aufgrund unserer Erfahrungen der ländliche Raum etwas unter die Räder gerät. Wir prüfen diese Situation zusammen mit anderen ländlichen Kantonen wie beispielsweise Appenzell Innerrhoden, Glarus, Uri und unter Umständen auch Obwalden und Nidwalden.*

Auch der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden sieht also eine gewisse Gefahr für den Rand des MR und speziell für den ländlichen Raum, für das Land am Rand, und möchte dieser Gefahr mit einer Gegenstrategie begegnen.

Zu den staatsrechtlichen Bedenken des Interpellanten begnügt sich der Regierungsrat mit der Feststellung: *Art. 5 der Statuten des privatrechtlichen Vereins Metropolitanraum Zürich gewährleistet die verfassungsmässige Zuständigkeit und Autonomie der beteiligten Kantone und Gemeinden. In diesem Sinne ist die staatsrechtliche Richtigkeit nicht zu hinterfragen.*

¹ Der Text der Interpellation und die Antwort des Regierungsrates sind im Protokoll des Kantonsrates unter http://www.ar.ch/kantonsrat/sitzungen/protokolle/KR-Sitzung_vom_26._Oktober_2009_Seite_220_ff._abrufbar.



Für eine weitere Diskussion scheinen mir folgende Punkte speziell wichtig:

- dass die Zusammenarbeit der verschiedenen Gemeinwesen über Kantons- und Landesgrenzen heute weit fortgeschritten ist und immer noch wichtiger werden wird
- dass an der Tagung der SGP gerade auch andere Formen der Zusammenarbeit, als es der MR Zürich initiiert, zur Sprache gekommen sind und weiter diskutiert werden müssen
- dass der Raum am Rande, speziell der ländliche Raum nicht unter die Räder der Verkehrspolitik der Zentrumsregionen geraten darf
- dass die Zusammenarbeit der Parlamente, speziell in der Deutschschweiz², intensiviert werden muss, unter anderem eventuell auch mit Gründungen von Parlamentsforen, wie es in der Romandie schon geschieht.

Die erweiterte parlamentarische Mitwirkung ist u. a. auch in einem Beitrag von Christian Moser im Mitteilungsblatt PARLAMENT Nr. 2. vom August 2010 gefordert worden. Der Artikel und weitere Überlegungen führen hoffentlich zu Anstrengungen der Parlamente, damit wir nicht, wie es Prof. Daniel Kübler an der Tagung vom 11. September in Aarau provokativ ausdrückte, eines Tages in einer «post-parlamentarischen Demokratie» erwachen.

² In der Romandie existiert glücklicherweise das Forum Interparlementaire Romand FIR.



Les agglomérations concernent les parlements cantonaux

Communiqué de presse du Forum Interparlementaire Romand du 24 septembre 2010

Réunis vendredi 17 septembre 2010 à Fribourg, les députés présents de six cantons souhaitent contribuer à la politique d'agglomération mise en place par la Confédération et les exécutifs cantonaux. Une résolution a d'ailleurs été votée, afin d'obtenir la mise en place de conseils d'agglomération dans chaque projet d'agglomération composés d'élus locaux et cantonaux.

A l'initiative du FIR – Forum Interparlementaire Romand, les députés de la Suisse occidentale étaient invités le vendredi 17 septembre 2010 à Fribourg au siège du Parlement cantonal. Au menu du séminaire figurait le thème de la politique des agglomérations, et du rôle dévolu aux parlements dans ce nouveau contexte institutionnel. Les spécialistes suisses en la matière s'exprimaient pour l'occasion. *M. Georg Tobler*, Chef de la section Politique des agglomérations de l'Office fédéral du Développement Territorial, à Berne, puis *M. Guy Morin*, Président du Conseil d'Etat de Bâle-Ville et de la Conférence Tripartite sur les agglomérations (Confédération, cantons, communes), ont d'abord partagé leurs expériences. *M. Guy Mettan*, Président du Grand Conseil du Canton de Genève, ainsi que *M. René Schneuwly*, Président du Conseil exécutif de l'Agglomération de Fribourg et Syndic de Granges-Paccots, ont rapporté sur le projet d'agglomération en marche dans leur région respective. Enfin, *M. Daniel Kübler*, Professeur de sciences politiques à Université de Zurich et auprès du Centre pour la Démocratie d'Aarau, a lié la gerbe avec sa vision globale.

Si, pour certains, les projets d'agglomération peuvent, et doivent avancer avant tout grâce à l'impulsion des Exécutifs, épaulés éventuellement par une chambre consultative, pour d'autres, et on peut se référer à l'Agglomération de Fribourg, il n'y a pas de problème à travailler avec un pouvoir représentatif d'élus locaux et cantonaux, donc avec un quatrième et nouveau niveau de pouvoir politique. En ce qui concerne ce volet institutionnel, tous les autres projets romands d'agglomération sont en gestation. Un constat presque général: le déclin des pouvoirs législatifs dans ces nouvelles réalités territoriales est inéluctable. Seul antidote pour les Parlements: travailler autrement, notamment en collaborant plus entre eux. Il est en effet à craindre que, sans débat

politique sur les politiques d'agglomération, les élus locaux et cantonaux, donc la population, se trouvent au final trop éloignés des décisions et des enjeux, avec des risques de ressentiments qui pourraient s'exprimer ensuite de toutes les manières. Conscients de la nécessité de combler ce déficit démocratique, les députés présents à Fribourg ont décidé de poser les bases d'une participation accrue des élus et élus dans la création des agglomérations. Poursuivant ainsi son travail historique de donner un cadre, un pouvoir de contrôle et de proposition dans le domaine des conventions intercantionales, le FIR a ainsi proposé au vote une résolution (cf. texte en annexe) demandant que l'on avance concrètement aussi dans cette direction pour les agglomérations. Cette résolution acceptée très largement devrait permettre à terme la création de Conseils d'agglomération dans chaque projet d'agglomération, organismes permettant une représentation permanente des populations à cette nouvelle échelle du territoire et des institutions.

Pour plus d'informations: Fabienne Freymond Cantone, Présidente du FIR, députée vaudoise et conseillère municipale à Nyon, 079 778 92 28



Résolution du FIR – Forum Interparlementaire Romand Comblent le déficit démocratique dont souffrent les projets d'agglomération élaborés en Suisse romande

De nombreux projets d'agglomération encouragés par la Confédération ont vu le jour ces dernières années; ils réunissent dans la plupart des cas plusieurs communes, un seul ou plusieurs cantons, voire plusieurs cantons et pays (agglomération franco-valdo-genevoise par exemple).

De façon générale, les Grands Conseils ont été peu ou prou tenus à l'écart dans la gestation, la mise en place et le contrôle de la politique d'agglomération de leurs cantons. Les quelques parlementaires cantonaux qui participent à ces projets craignent qu'ils n'aboutissent à rien de concret s'ils ne sont pas soutenus par les populations concernées. Or, il incombe précisément aux législatifs des cantons de les représenter démocratiquement.

Les projets d'agglomération visent à organiser sur une large base participative institutionnalisée la gestion et le développement des territoires, et à ordonner les politiques publiques qui y sont liées. Ils constituent un défi majeur pour nos régions en ce début de XXI^e siècle.

Dans la plupart des enjeux vitaux (logements, emplois, santé, mobilité, énergies, ...), une vision purement locale et sectorielle ne permettra pas d'apporter les solutions qu'attendent des populations en constante et rapide mutation. A défaut, des tensions économiques et sociales pourraient apparaître en raison de l'absence d'une appréhension et d'une gestion commune des enjeux (pendulaires, besoins financiers en hausse,...).

Afin de garantir une représentation permanente des populations à cette évolution inéluctable, le moment est venu d'impliquer formellement les Parlements, communaux, régionaux et cantonaux, en instituant et contrôlant les projets d'agglomération.

Ces projets vont bien au-delà de la seule obtention de cofinancements de la Confédération. Ils visent avant tout à gérer en commun et rationnellement les ressources à disposition en faveur des populations vivant sur les territoires concernés.

Conscients de la nécessité de combler ce déficit démocratique, il incombe naturellement au FIR – Forum Interparlementaire Romand de réunir les représentants des cantons romands pour jeter les bases d'une

participation accrue des pouvoirs législatifs. Cela poursuit l'œuvre historique du FIR, soit celle de la création d'un cadre aux commissions parlementaires intercantionales, qui assurent le suivi, le contrôle, et maintenant peuvent donner des impulsions, dans des domaines de compétences partagées entre plusieurs cantons.

Ainsi, nous, élus et élues des cantons de Berne, Fribourg, Genève, Jura, Neuchâtel, Valais et Vaud, réunis au sein du FIR, proposons la création d'un groupe de travail formé d'un délégué par canton, dans un premier temps représenté par les membres du comité du FIR, chargé de:

- Conduire une réflexion commune permanente sur les enjeux des politiques d'agglomération en Suisse romande en relation avec les collectivités territoriales voisines;
- Obtenir des Exécutifs cantonaux une meilleure participation des Parlements à la mise en place des politiques d'agglomération en fonction de leurs spécificités;
- Susciter la mise en place d'organes de pilotage représentatifs dans chaque projet d'agglomération, pour asseoir le plus largement et démocratiquement possible les décisions qui le concernent en matière d'aménagement, de mobilité, de culture, etc., et en fonction des institutions de chaque projet concerné.

Le Bureau Interparlementaire de coordination prévu aux art. 3 à 6 de la Convention sur la participation des parlements, la CoParl, du 5 mars 2010, pourra prendre le relais, quand il sera constitué. Il s'agira pour lui de prendre toute initiative dans le sens développé ci-dessus.

Au nom du FIR:

Fabienne Freymond Cantone, Présidente



Die Agglomerationen betreffen die Kantonsparlamente

Pressemitteilung des Interparlamentarischen Forums der Westschweiz FIR vom 24. September 2010

Am Freitag, 17. September 2010 trafen sich in Freiburg die Abgeordneten von sechs Kantonen, die sich an der vom Bund und den Kantonsregierungen eingerichteten Agglomerationspolitik beteiligen möchten. Im Übrigen wurde über einen Beschluss abgestimmt, um bei jedem Agglomerationsprojekt den Einsatz von Agglomerationsräten aus lokalen und kantonalen Abgeordneten zu erreichen.

Auf Initiative des FIR – Interparlamentarischen Forums der Westschweiz – waren die Abgeordneten der Westschweiz am Freitag, den 17. September 2010, in Freiburg am Sitz des Kantonsparlaments eingeladen. Auf der Tagesordnung des Seminars fand sich das Thema der Agglomerationspolitik und die Rolle der Parlamente in diesem neuen institutionellen Kontext. Die Schweizer Experten auf diesem Gebiet kamen bei dieser Gelegenheit zu Wort: *Georg Tobler*, Leiter der Abteilung Agglomerationspolitik des Bundesamtes für Raumentwicklung in Bern, *Guy Morin*, Präsident des Staatsrats von Basel-Stadt und der tripartiten Agglomerationskonferenz (Eidgenossenschaft, Kantone, Gemeinden) waren die Ersten, die ihre Erfahrungen kundgaben. *Guy Mettan*, Präsident des Genfer Grossrats, sowie *René Schneuwly*, Präsident des Exekutivrates der Agglomeration Freiburg und Bürgermeister von Granges-Paccots berichteten über das Agglomerationsprojekt ihrer jeweiligen Region. Abschliessend fasste *Daniel Kübler*, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Zürich und am Demokratiezentrum Aarau die zahlreichen Darlegungen durch seine globale Sicht zusammen. Wenn für einige die Agglomerationsprojekte vor allem dank des Impulses der Exekutiven eventuell mit Unterstützung einer Konsultativkammer vorankommen können und müssen, gibt es für andere, und dabei kann man die Agglomeration Freiburg anführen, kein Problem, mit einer repräsentativen Kraft von lokalen und kantonalen Abgeordneten zu arbeiten, also mit einer vierten und neuen Ebene der politischen Kräfte. Bezüglich dieses institutionellen Teiles befinden sich alle anderen Westschweizer Agglomerationsprojekte im Entstehen. Eine fast allgemeine Feststellung ist das unvermeidliche Nachlassen der legislativen Kräfte in diesen neuen räumlichen Wirklichkeiten. Und dazu als einziges

Gegenmittel für die Parlamente: anders zu arbeiten, insbesondere mehr untereinander zusammenzuarbeiten. Tatsächlich steht zu befürchten, dass ohne politische Debatte über die Agglomerationspolitik die lokalen und kantonalen Abgeordneten, also die Bevölkerung, schließlich zu weit von den Entscheidungen und Themen entfernt sind, mit der Gefahr der Ressentiments, die dann auf alle Fälle zum Ausdruck kommen könnten.

Die in Freiburg anwesenden Abgeordneten sind sich der Notwendigkeit bewusst, dieses demokratische Defizit zu füllen und haben beschlossen, die Grundlagen für eine stärkere Beteiligung der Abgeordneten bei der Schaffung der Agglomerationen zu schaffen. Um auf diese Weise ihre historische Arbeit fortzusetzen, einen Rahmen, eine Kontroll- und Vorschlagsmacht auf dem Gebiet der interkantonalen Konventionen zu verleihen, hat das FIR einen Beschluss zur Abstimmung vorgelegt in dem beantragt wird, konkret auch in dieser Richtung für die Agglomerationen voranzukommen (vgl. Text in der Anlage). Dieser sehr breit angenommene Beschluss sollte schliesslich die Schaffung von Agglomerationsräten bei jedem Agglomerationsprojekt ermöglichen, als Organismen, die eine ständige Vertretung der Bevölkerung auf dieser neuen Ebene des Raumes und der Institutionen ermöglichen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Fabienne Freymond Cantone, Präsidentin des FIR, Abgeordnete des Kantons Waadt und Stadträtin in Nyon, 079 778 92 28



Beschluss des Interparlamentarischen Forums der Westschweiz FIR

Das demokratische Defizit der in der Westschweiz erarbeiteten Agglomerationsprojekte füllen

In den letzten Jahren entstanden zahlreiche durch den Bund geförderte Agglomerationsprojekte; in den meisten Fällen umfassen diese mehrere Gemeinden, einen oder mehrere Kantone, ja sogar mehrere Kantone und Länder (zum Beispiel die Agglomeration Frankreich-Waadt-Genf).

Im Allgemeinen wurden die Kantonsparlamente bei der Entstehung, der Einrichtung und Kontrolle der Agglomerationspolitik ihrer Kantone mehr oder weniger übergeben. Die wenigen kantonalen Abgeordneten, welche an solchen Projekten beteiligt sind befürchten, keinen konkreten Einfluss ausüben zu können wenn sie nicht von der betreffenden Bevölkerung getragen werden. Nun obliegt es aber eben den Kantonsräten, sie demokratisch zu vertreten. Die Agglomerationsprojekte zielen darauf ab, die Verwaltung und Entwicklung der Gebiete auf einer breiten institutionalisierten Beteiligungsbasis zu organisieren und die damit verbundene öffentliche Politik zu ordnen. Sie gehören zu den wichtigsten Herausforderungen für unsere Regionen zu Beginn dieses 21. Jahrhunderts. Bei den meisten lebenswichtigen Themen (Wohnung, Arbeitsplatz, Gesundheit, Mobilität, Energie, usw.) ist es mit einer rein lokalen und sektoriellen Sicht nicht möglich, die Lösungen zu erbringen, welche von der sich ständig und rasch verändernden Bevölkerung erwartet werden. In Ermangelung dessen könnten wirtschaftliche und soziale Spannungen auf Grund der nicht vorhandenen Voraussicht und einer gemeinsamen Verwaltung der Themen (Berufsverkehr, steigender finanzieller Bedarf, usw.) entstehen.

Um eine ständige Vertretung der Bevölkerung an den Prozessen dieser unausweichlichen Entwicklung zu garantieren, ist es an der Zeit, die kommunalen, regionalen und kantonalen Parlamente formell in die Etablierung und Kontrolle Agglomerationsprojekte einzubinden.

Diese Projekte bedeuten viel mehr als nur das Beschaffen von Mitfinanzierungen durch den Bund. Sie zielen in erster Linie darauf ab, gemeinsam und rationell die vorhandenen Ressourcen zu Gunsten der Bevölkerung der betreffenden Gebiete zu verwalten.

Im Bewusstsein der Notwendigkeit, dieses demokratische Defizit zu füllen, obliegt es natürlich dem FIR – Interparlamentarischen

Forum der Westschweiz, die Vertreter der westschweizer Kantone zusammenzubringen, um die Grundlagen für eine stärkere Beteiligung der Regierungen zu schaffen. Es ist die Fortsetzung der historischen Arbeit des FIR was die Schaffung eines Rahmens für die interkantonalen Parlamentskommissionen angeht, die sich um die Betreuung und Kontrolle kümmern und jetzt Impulse in Kompetenzbereichen geben können, die von mehreren Kantonen geteilt werden.

So schlagen wir, die Abgeordneten Frauen und Männer der Kantone Bern, Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Wallis und Waadt, vereint innerhalb des FIR, die Errichtung einer Arbeitsgruppe vor, die aus einem Delegierten pro Kanton besteht, welcher zu Beginn durch die Mitglieder des FIR-Komitees vertreten ist und mit folgenden Aufgaben betreut wird:

- Eine gemeinsame weiterführende Überlegung zu den Themen der Agglomerationspolitik in der Westschweiz im Zusammenhang mit den benachbarten Gebietskörperschaften.
- Erlangung des Zugeständnisses der kantonalen Regierungen für eine bessere Beteiligung der Parlamente an der Einrichtung der Agglomerationspolitik auf Grund ihrer Spezifität.
- Die Einrichtung eines repräsentativen Steuerungsorgans in jedem Agglomerationsprojekt, um die betreffenden Entscheidungen in Bezug auf Einrichtung, Mobilität, Kultur, usw., sowie je nach den Institutionen eines jeden betroffenen Projekts, möglichst breit und demokratisch zu stützen.

Die interparlamentarische Kommission, die in den Artikeln 3 bis 6 der Vereinbarung über die Mitwirkung der Parlamente ParlVer vom 5. März 2010 vorgesehen ist, kann nach seiner Gründung diese Aufgabe übernehmen. Seine Aufgabe wird dann sein, alle Initiativen im oben dargelegten Sinn zu ergreifen.

Im Namen des FIR:
Fabienne Freymond Cantone, Präsidentin



Uri: Der Urner Landrat macht einen weiteren Schritt in Richtung «Trennmodell»

Nachdem der Urner Landrat im Jahr 2004 für sich ein eigenes Kommissionssekretariat einsetzte und damit einen ersten Schritt in die administrative Selbstständigkeit machte, ist er kürzlich diesen Weg weitergegangen, indem er das Ratssekretariat ausbaute und den Grundsatz der Gewaltenteilung festigte.

Nach dem geltenden Recht führt der Kanzleidirektor das Protokoll des Landrats und der Regierungsrat ordnet die Stellvertretung. Für die administrativen Sekretariatsarbeiten des Landrats, namentlich für die Arbeiten der Kommissionen, steht dem Parlament ein Ratssekretariat zur Verfügung. Diese Ordnung gilt seit dem 26. Mai 2004. Ausgehend vom Bedürfnis, die Gewaltenteilung zwischen dem Parlament einerseits und der Regierung bzw. der Verwaltung andererseits deutlicher umzusetzen, hat der Landrat am 20. Oktober 2010 seine Geschäftsordnung erneut geändert. So hat er beschlossen, dass inskünftig das Ratssekretariat das Protokoll im Landrat zu führen hat. Zudem ordnet nicht mehr der Regierungsrat, sondern das Landratsbüro die Stellvertretung. Das Ratssekretariat besorgt daneben auch die administrativen Sekretariatsarbeiten des Rats. Unterstützt wird es dabei von der Standeskanzlei. Insbesondere hat das Ratssekretariat Kontrolle zu führen über den Stand der Ratsgeschäfte, über die parlamentarischen Vorstösse und dergleichen. Um diese Mehrarbeit zu bewältigen, hat der Landrat sein Sekretariat um 30 Stellenprozent aufgestockt. Wie heute hat das Ratssekretariat zudem die Aufgaben, den Landrat und das Büro in Rechts- und Verfahrensfragen zu beraten, die Kommissionen administrativ zu betreuen und Dokumentations- und weitere Aufträge seitens der Kommissionspräsidien oder des Landratspräsidiums zu erfüllen. Diese Neuausrichtung erfolgt im Hinblick auf die Pensionierung des derzeitigen Kanzleidirektors. Sie stärkt den Landrat als erste Staatsgewalt und bezweckt, die Ratsarbeit transparenter und unbeeinflusst von der kantonalen Verwaltung zu gestalten. Sobald die erforderlichen Vorarbeiten geleistet sind, wird das Landratsbüro diese Neuerungen in Kraft setzen.

Peter Huber
Kanzleidirektor
Standeskanzlei Uri
E-Mail: peter.huber@ur.ch



Korrespondenten Correspondents Corrispondenti

Bund

Bundesversammlung

Ruth Lüthi, stv. Sekretärin der Staatspolitischen Kommissionen, Parlamentsdienste der eidg. Räte, 3003 Bern, T: 031 322 98 04, F: 032 322 98 67, E: ruth.luethi@pd.admin.ch

Kantone – Cantons – Cantoni

Kantonsrat Zürich

Moritz von Wyss, Leiter Parlamentsdienste Kantonsrat Zürich, Postfach, 8090 Zürich, T: 043 259 20 07, F: 043 259 51 88, E: moritz.vonwyss@pd.zh.ch

Grosser Rat Bern – Grand Conseil Berne

Patrick Trees, Ratssekretär, Postgasse 68, 3000 Bern 8, T: 031 633 75 82, F: 031 633 75 88, E: patrick.trees@sta.be.ch

Grosser Rat Luzern

Stefano Cocchi, Leiter Kommissionendienst, Staatskanzlei, Bahnhofstrasse 15, 6002 Luzern, T: 041 228 51 10, E: stefano.cocchi@lu.ch

Landrat Uri

Kristina Arnold Thalmann, Im Mätteli 1, Postfach, 6460 Altdorf, T: 041 871 31 31, E: landrat.uri@bluewin.ch

Kantonsrat Schwyz

Peter Gander, Staatsschreiber, Staatskanzlei, 6431 Schwyz, T: 041 819 11 24, F: 041 819 26 19, E: peter.gander@sz.ch

Kantonsrat Obwalden

Nicole Frunz Wallimann, Ratssekretärin, Ratssekretariat Kantonsrat, Rathaus, Postfach 1562, 6061 Sarnen, T: 041 666 62 02, F: 041 660 65 81, E: nicole.frunz@ow.ch

Landrat Nidwalden

Armin Eberli, Landratssekretär, Regierungsgebäude, Postfach, 6371 Stans, T: 041 618 79 01, F: 041 618 79 11, E: armin.eberli@nw.ch

Landrat Glarus

Hansjörg Dürst, Ratsschreiber, Regierungskanzlei des Kantons Glarus, 8750 Glarus, T: 055 646 69 66, F: 055 646 32 91, E: hansjoerg.duerst@gl.ch

Kantonsrat Zug

Dr. Tino Jorio, Landschreiber, Postfach 156, 6301 Zug, T: 041 728 33 11, F: 041 728 37 01, E: tino.jorio@allg.zg.ch

Grand Conseil Fribourg – Grosser Rat Freiburg

Mireille Hayoz, Secrétaire générale du Grand Conseil, Rue de la Poste 1, 1701 Fribourg, T: 026 350 10 52, F: 026 305 10 49, E: HayozMi@fr.ch

Kantonsrat Solothurn

Fritz Brechbühl, Sekretär des Kantonsrates, Rathaus, 4500 Solothurn, T: 032 627 20 79, E: fritz.brechbuehl@sk.so.ch

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Thomas Dähler, Leiter Parlamentsdienst, Rathaus, 4001 Basel, T: 061 267 40 15 F: 061 267 60 09, E: thomas.daebler@bs.ch

Landrat Basel-Landschaft

Alex Klee, Leiter Parlamentsdienst, Landeskanzlei Basel-Landschaft, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal, T: 061 552 50 27, F: 061 552 69 65, E: alex.klee@bl.ch

Kantonsrat Schaffhausen

Erna Frattini, Kantonsratssekretärin, Ringkengässchen 18, 8200 Schaffhausen, T: 052 632 73 63, F: 052 632 70 69, E: erna.frattini@ktsh.ch

Grosser Rat Appenzell IR

Markus Dörig, Ratsschreiber, Rathaus, Marktgasse 2, 9050 Appenzell, T: 071 788 93 11, F: 071 788 93 39, E: markus.doerig@rk.ai.ch

Kantonsrat Appenzell AR

Martin Birchler, Ratschreiber, Kantonskanzlei, 9102 Herisau, T: 071 353 61 11, F: 071 353 12 77, E: martin.birchler@ar.ch



Kantonsrat St. Gallen

Georg Wanner, Leiter Rechtsdienst, Staatskanzlei, Regierungsgebäude, Postfach, 9001 St. Gallen, T: 071 229 32 56, F: 071 229 39 55, E: georg.wanner@sg.ch

Grosser Rat Graubünden

Domenic Gross, Leiter Ratssekretariat, Staatskanzlei Graubünden, 7001 Chur, T: 081 257 22 32, F: 081 257 21 88, E: ratssekretariat@staka.gr.ch

Grosser Rat Aargau

Adrian Schmid, Leiter Parlamentsdienst, Regierungsgebäude, 5001 Aarau, T: 062 835 13 60, F: 062 835 13 59, E: adrian.schmid@ag.ch

Grosser Rat Thurgau

Ricarda Zurbuchen, Leiterin Parlamentsdienste, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld, T: 052 724 23 49, F: 052 724 29 58, E: ricarda.zurbuchen@tg.ch

Gran Consiglio Ticino

Rodolfo Schnyder, Segretariato del Gran Consiglio, Palazzo governativo, 6510 Bellinzona, T: 091 814 43 25, E: rodolfo.schnyder@ti.ch

Grand Conseil Vaud

Olivier Rapin, Secrétaire général du Grand Conseil, Grand Conseil, Place du château 6, 1014 Lausanne, T: 021 316 05 11, F: 021 316 40 19, E: olivier.rapin@vd.ch

Grand Conseil Valais – Grosser Rat Wallis

Fernande Melly-Fux, adjointe, Service parlementaire, Grand-Pont 4, 1950 Sion, T: 027 606 21 85, E: fernande.melly-fux@admin.vs.ch

Grand Conseil Neuchâtel

Janelise Pug, cheffe du service du Grand Conseil, Château, 2000 Neuchâtel, T: 032 889 40 15, E: Janelise.Pug@ne.ch

Grand Conseil Genève

Maria Anna Hutter, Sautière, Rue de l'Hôtel de Ville, 1211 Genève 3, T: 022 327 22 07, F: 022 327 06 06, E: maria-anna.hutter@etat.ge.ch

Parlement Jura

Jean-Baptiste Maître, secrétaire du Parlement, Parlement de la République et Canton du Jura, Hôtel du Parlement, Rue de l'Hôpital 2, 2800 Delémont, T: 032 420 72 22/23, F: 032 420 72 21, E: jean-baptiste.maitre@jura.ch

Gemeinden – Communes – Comuni

Stadt Baden

Heinz Kubli, Stadtschreiber, Stadthaus, Rathausgasse 1, 5401 Baden, T: 056 200 82 05, F: 056 200 83 26, E: heinz.kubli@baden.ag.ch

Stadt Bern

Bettina Kläy, Ratssekretariat; Morellhaus, Postgasse 14, Postfach, 3000 Bern 8, T: 031 321 79 20, F: 031 321 79 22, E: ratssekretariat@bern.ch

Stadt Biel – Ville de Bienne

Regula Klemmer, Ratssekretärin, Ratssekretariat des Stadtrates, Mühlebrücke 5a, 2502 Biel-Bienne, T: 032 326 11 73, F: 032 326 11 92, E: regula.klemmer@biel-bienne.ch

Stadt Bülach

Denise Meyer, Ratssekretärin, Marktgasse 28, 8180 Bülach, T: 044 863 11 26, F: 044 863 11 33, E: info.stadt@buelach.ch

Gemeinde Davos

Michael Straub, Landschreiber, Berglistutz 1, Postfach, 7270 Davos Platz 1, T: 081 414 32 22, F: 081 414 33 88, E: michael.straub@davos.gr.ch

Stadt Dietikon

Daniel Müller, Stadtschreiber Stv., Bremgartnerstrasse 22, 8953 Dietikon, T: 044 744 36 26, E: daniel.mueller@dietikon.ch

Ville de Genève

Marie-Christine Cabussat, Cheffe du Secrétariat du Conseil municipal, Rue de la Croix Rouge 4, 1204 Genève, T: 022 418 29 66, E: info-cm@ville-ge.ch

Stadt Gossau

Toni Inauen, Stadtschreiber, Stadtkanzlei, Rathaus, 9201 Gossau, T: 071 388 41 11, E: toni.inauen@stadtgossau.ch

Gemeinde Köniz

Verena Remund-von Känel, Parlamentssekretärin, Direktion Präsidiales und Finanzen, Fachstelle Parlament, Landorfstr. 1, 3098 Köniz, T: 031 970 92 06, F: 031 970 92 17, E: verena.remund@koeniz.ch

Stadt Kreuzlingen

Silvano Castioni, Stadtschreiber der Stadt Kreuzlingen und Sekretär des Gemeinderates, Stadtkanzlei, Hauptstrasse 62, 8280 Kreuzlingen, T: 071 677 62 10, F: 071 671 11 30, E: silvano.castioni@kreuzlingen.ch

Ville de Lausanne

Vanessa Benitez Santoli, Secrétaire du Conseil communal de Lausanne, Hôtel de Ville, Pl. de la Palud 2, 1003 Lausanne, T: 021 315 21 01, F: 021 315 20 02, E: vanessa.benitez@lausanne.ch

Stadt Luzern

Toni Göpfert, Stadtschreiber, Hirschengraben 17, 6002 Luzern, T: 041 208 82 13, F: 041 208 88 77, E: monika.portmann@StadtLuzern.ch

Stadt Opfikon

Willi Bleiker, Ratssekretär, Stadtverwaltung Opfikon, Oberhauserstrasse, 8152 Opfikon, T: 01 829 82 27, F: 01 829 82 42, E: willi.bleiker@opfikon.ch

Stadt Thun

Remo Berlinger, Vize-Stadtschreiber, Rathaus, 3602 Thun, T: 033 225 82 17, E: remo.berlinger@thun.ch

Stadt Schaffhausen

Gabriele Behring, Ratssekretärin Grosser Stadtrat Schaffhausen, Stadthaus, 8200 Schaffhausen, T: 052 632 53 14, E: gabriele.behring@stsh.ch

Stadt St. Gallen

Manfred Linke, Stadtschreiber, Rathaus, 9001 St. Gallen, T: 071 224 53 22, F: 071 224 57 01, E: manfred.linke@stadt.sg.ch

Stadt Winterthur

Marc Bernhard, Ratssekretär Grosser Gemeinderat der Stadt Winterthur, Stadtkanzlei Winterthur, Stadthaus, 8402 Winterthur, T: 052 267 51 58, F: 052 267 59 35, E: marc.bernhard@win.ch

Stadt Zug

Arthur Cantieni, Stadtschreiber, Stadthaus, Postfach 1258, 6301 Zug, T: 041 728 21 02, F: 041 728 23 71, E: arthur.cantieni@zug.zg.ch

Stadt Zürich

Andreas Ammann, Leiter Parlamentsdienste des Gemeinderates, Stadthausquai 17, Postfach, 8022 Zürich, T: 044 412 31 10, F: 044 412 31 12, E: andreas.ammann@zuerich.ch

Vorstand SGP – Comité SSP – Comitato SSP

Präsident

Claude Janiak, Ständerat, Binningen

Vizepräsident

Thomas Dähler, Leiter Parlamentsdienst, Basel

Sekretär

Moritz von Wyss, Leiter Parlamentsdienste des Kantonsrates, Zürich

Kassiererin

Margrit Picon-Furrer, députée au Grand Conseil, Sion

Webmaster

Fritz Brechbühl, Sekretär des Kantonsrates, Solothurn

Stefano Cocchi, Leiter Kommissionendienst, Luzern

Hansjörg Dürst, Ratsschreiber, Glarus

Maria Anna Hutter, sautière du Grand Conseil, Genève

Regula Klemmer, Ratssekretärin, Biel

Thomas Koch, Grossrat, Bern

Fernande Melly-Fux, service parlementaire du Grand Conseil, adjointe, Sion

Olivier Rapin, Secrétaire général du Grand Conseil du Canton de Vaud

Daniel Reuter, Zürich

Bruno Rickenbacher, ehem. Chef der Parlamentsdienste des Kantonsrates, Zürich

Rodolfo Schnyder de Wartensee, segretario del Gran Consiglio, Bellinzona

